

# Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Jährem.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Altestraße 18a part.  
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelle:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **510000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

## Der Hüttenarbeiterschutz und die Fabrikinspektoren.

III. (Schluß.)

Die Dauer der Arbeitsschichten beträgt in den Hüttenwerken nach wie vor ganz überwiegend 12 Stunden, ohne Einrechnung der Überarbeit. Soweit sich dies nach den Berichten der Fabrikinspektoren feststellen ließ, hatten von den 199363 Arbeitern, die in Preußen der Hüttenarbeiterschutzverordnung unterstanden, 5441 eine kürzere als 12stündige Schicht, davon hatten 8750 eine 8stündige, 412 eine 11stündige, 1097 eine 11 1/2stündige und 182 eine 11 3/4stündige Schicht. Regelmäßig länger als 12 Stunden arbeiteten 893 Hüttenleute, nämlich 160 12 1/2 und 893 gar noch 13 Stunden. Nach dem Bericht für den Bezirk Köln waren dort 4 1/2 Prozent der Arbeiter der Großhüttenindustrie 11 1/2 Stunden, 84 Prozent 12 Stunden und 11 1/2 Prozent 13 Stunden täglich beschäftigt.

Wie die Ausnahmewilligungen auf die Pausen wirken, kann nicht aus allen Bezirken in Zahlen mitgeteilt werden, da nur einige Berichte genauere Angaben darüber gemacht haben. Im Bezirk Duppeln haben 700 Arbeiter nur eine 1/2stündige und 4900 nur eine 1/4stündige Hauptpause, in Arnberg 3920 eine 1/2stündige und 4680 eine 1/4stündige, in Erzer 2489 eine 1/2stündige, 840 eine 1/4stündige und 1895 eine 1/8stündige Hauptpause.

Übereinstimmend wird von den Fabrikinspektoren berichtet, daß das Überarbeitungsverzeichnis der neuen Hüttenarbeiterschutzverordnung weit besser, als dies früher möglich war, zu erkennen läßt, ob die Bestimmungen über die Sonntagsarbeit von den Werken eingehalten werden. Vielfach wird von Verstoßen berichtet. In der Stadt Düsseldorf kamen bei 7 Firmen 85 Arbeiter in Frage, die in 56 Fällen an je 3 Sonntagen, in 31 Fällen an je 5 Sonntagen und in 11 Fällen an je 6 Sonntagen hintereinander länger als 3 Stunden beschäftigt worden waren.

Sehr erfreulich ist ein winziger Fortschritt, indem aus einem Bezirk davon berichtet wird, daß für den ausfallenden Sonntagsarbeiter ein Ersatztag in der Woche eingeschoben wurde. Nach dem Bericht für den Bezirk Koblenz ist ein Walzwerk schon früher veranlaßt worden, die Ruhezeit von sechs Reparaturschloßern und Maurern auf einen Wochentag zu legen, da sie jeden Sonntag Reparaturen ausführen müssen. Also haben immerhin — 6 Arbeiter ihren Ersatztag! Das Prinzip sollte recht bald verallgemeinert und auch bei den Arbeitern eingeführt werden, die nicht gerade an jedem Sonntag überarbeiten, und auch für die Arbeiter, die Wechselarbeiten verrichten müssen.

Sehen wir zu, mit welchen Pressionsmitteln denn eine bessere Durchführung der Schutzverordnung zu erzwingen versucht wird. In den Berichten wird der Hauptwert auf gütliche Mahnungen gelegt. Von Strafen wird wenig berichtet. Wenn die Strafe den Zweck haben soll, von der Begehung einer strafbaren Handlung abzuwehren, dann muß gesagt werden, daß die wegen Verletzung der Hüttenarbeiterschutzverordnung verhängten Strafen ihrer lächerlich geringen Höhe wegen schlecht geeignet sind, diesem Zweck zu entsprechen. Im Potsdamer Bezirk wurden einzelne Arbeiter länger als 16 Stunden beschäftigt, wenn einige Arbeiter fehlten. Die achtstündige Ruhezeit wurde dann nicht eingehalten. Ein auf Grund einer Anzeige des Gewerbeinspektors eingeleitetes Strafverfahren führte zur Freisprechung, da das Gericht das Vorliegen eines Notfalles angenommen hatte. Es ist aber doch gewiß kein Notfall, wenn der Betriebsleiter schuldhaft verfaßt, für genügende Ersatzkräfte Sorge zu tragen. Im Bezirk Arnberg wurde gegen zwei Betriebsleiter ein Strafverfahren eingeleitet, einer bekam 10 M Geldstrafe, der andere ging frei aus, weil die Zuwiderhandlung von seinem kurz vor Einleitung des Strafverfahrens ausgeschiedenen Vorgänger begangen worden war. In einem anderen Falle war das Verzeichnis über die Sonntagsarbeit nicht „ordnungsmäßig“ geführt worden, wofür es 3 M Strafe absetzte. Im Bezirk Düsseldorf wurden ein Betriebsleiter und ein Meister mit je 20 M, zwei Meister mit je 10 M und fünf Meister mit je 5 M bestraft. Wie sehr solche „hohen“ Strafen abschrecken, geht aus einer Mitteilung aus dem Bezirk Düsseldorf hervor, wonach noch ein Strafverfahren gegen die Leiter eines Werkes schwebt, in dem trotz der bereits erfolgten Bestrafung gleichartige Verstöße neuerdings wieder festgestellt wurden.

Bei Verstößen gegen das bürgerliche Sacheigentum hagelt es drakonische Strafen, beim Schutz der Arbeitskraft der Arbeiter, ihres einzigen Eigentums, gibt's eine kleine Geldstrafe, die den reichen Werkherren weniger ausmacht als das Trinkgeld, das sie ihren Hausdienern geben.

Interessant ist, was in dem Bericht aus Oberschlesien über die Durchführung der Bundesratsverordnung für die Großhüttenindustrie gesagt wird: „Im schonenden, allmählichen Vorgehen ist ein alle Beteiligten leidlich befriedigender Zustand geschaffen worden. Die Arbeiter, denen Inhalt und Zweck der Bekanntmachung unallmählich klarer geworden ist, empfinden das Vorhandensein gesetzlicher Pausen wohlthuend, wenn ihnen auch noch gar manchenmal die Einschränkung der Überarbeit keineswegs aufzagt. Unverkennbar ermöglichte solches Überarbeiten den Arbeitern bei ihrem Leben aus der Hand in den Mund, zeitweilig auftretende größere Ausgaben durch erhöhte Einnahmen aus gut gelohnten, offenbar nicht brüderlich empfundenen Überarbeiten zu decken. Es ist daher auch heute noch sehr oft den Betriebsleitern nicht leicht, sich dem Drängen mancher

Arbeiter nach Überarbeit zu entziehen. Der zunächst von den neuen Bestimmungen herbeigeführte Erzeugungsausfall hat sich durch veränderte Betriebsbedingungen oder eine veränderte Betriebsregelung im großen und ganzen abstellen lassen. Bisweilen sind inzwischen sogar Leistungssteigerungen oder andere Vorteile zu verzeichnen gewesen, die von den sonst mit der Bekanntmachung immer noch nicht recht ausgeführten Betriebsleitern angenehm empfunden wurden. Beispielsweise ist in einem Walzwerke die tägliche Walzgutmenge unter dem Einflusse der Bekanntmachung zunächst von etwa 220 Tonnen auf rund 200 Tonnen gesunken, neuerdings aber wieder auf mehr als 230 bis 240 Tonnen gestiegen. Die Steigerung ist durch Einstellung einer genügenden Zahl von Ersatzleuten und durch Einführung von zwei achtstündigen Schichten statt der früher üblichen zwei zwölfstündigen erzielt worden. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß die erhöhte Leistung schon in zweimal 8 ist 16 Stunden erreicht wird, und daß das Werk für die übrigen 8 Stunden des Tages die Ausgaben für den Betrieb der Walzenstraße erspart und diese Zeit für eine weitere Leistungssteigerung noch verfügbar hat.“ Damit ist auf neue die Wahrheit erwiesen worden, daß bei einer kürzeren Arbeitszeit verhältnismäßig mehr geleistet wird als in der längeren. Die Hüttenherren wollen dies im allgemeinen immer noch nicht begreifen. Sehr sonderbar mutet der „Wunsch“ der Aufsichtsbeamten aus dem Bezirk Magdeburg an, die „freiere Hand“ bezüglich der Ausnahmewilligungen haben möchten, „um berechtigten Sonderwünschen der Arbeiterschaft und besonderen örtlichen Betriebsverhältnissen in allen Fällen Rechnung tragen zu können.“ Aus dem Bezirk Arnberg wird berichtet, daß die Beurteilung der Bundesratsverordnung bei den Unternehmern und bei den Arbeitern nach wie vor ungleichmäßig ausfalle. Von den Arbeitern wird bemerkt, daß sie den durch die Beschränkung der Überarbeit und durch die Festsetzung der Pausen bewirkten Verdienstrückgang bislang nur in wenigen Werken durch geforderte und bewilligte Lohnerhöhungen hätten ausgleichen können. Im Bezirk Koblenz soll die Einhaltung bei den Werken allmählich mehr Verständnis und Entgegenkommen finden, „todaß ihre Durchführung wesentlich gefördert erscheint.“

Ziehen wir zum Schluß die Folgerungen aus den Berichten der Fabrikinspektoren über die Durchführung der Hüttenarbeiterschutzverordnung, so bleibt zunächst die Forderung hochgehalten, die Ausnahmemaßnahmen weit mehr zu schließen und die „wandernde“ Schicht auszumergen. Die 16stündige Maximalarbeitszeit muß auch für den letzten Arbeitstag in der Woche gelten, die eine Schicht darf nicht zu zwei oder drei Schichten ohne zwischenliegende achtstündige Ruhe werden. Dann aber ist nach wie vor, und jetzt noch mehr als früher, eine Erweiterung der Schutzvorschriften zu fordern, wonach die Mindestruhezeit weit mehr als 8 Stunden und die Maximalarbeitszeit weit weniger als 16 Stunden betragen muß. Die 19 Millionen Überstunden im Jahre 1910 trotz konstanter besserer Durchführung der Bestimmungen beweisen, daß die 16stündige Ausbeutungsstrenge viel zu weit gesteckt ist. Und vor allem ist immer wieder der Achtstundentag für die in der Hüttenindustrie an den Hütten und den Walzen beschäftigten Betriebsarbeiter zu fordern. Der Achtstundentag wird und muß kommen.

Die Hüttenarbeiter selbst empfinden ja gewiß in unserer durch Finanzreformmaßnahmen noch besonders teuren Zeit einen Lohnrückgang schwer, es ist aber nicht wahr, daß sie sich in der Allgemeinheit zur Überarbeit drängen. Einzelne Arbeiter und auch Gruppen gibt es ja bekannterweise, die es tun, und die Gründe dafür sind in den Berichten der Fabrikinspektoren zu finden. Die Hüttenleute in ihrer großen Mehrheit sind jedoch froh, wenn sie nach 12stündiger Schicht ihre Glieder ausruhen können. Wenn die so „wohlfahrts“-wütigen Unternehmer der Schwerindustrie die tägliche Schutzverordnung zum Anlaß genommen haben, Lohnminderungen vorzunehmen, so wird dies für die Arbeiter doppelt und dreifach Anlaß sein, in der Organisation, im Deutschen Metallarbeiter-Verband, nicht nur das Entziffene wieder zu erkämpfen, sondern noch mehr notwendige Verbesserungen im Arbeitsverhältnis dazu.

## Hoffnungen und Ausichten der Christlichen.

Es. Die „Christlichen“ Gewerkschaften betrachten sich bekanntlich als die Vertreter des einzig richtigen, alleinstimmig machenden Gewerkschaftsgedankens. Nach ihrer Lehre ist eine Gewerkschaft nur dazu da, die wirtschaftlichen und beruflichen Interessen der Arbeiter zu vertreten, den Arbeitsvertrag möglichst günstig zu gestalten und allenfalls noch für den Ausbau der Sozialreform einzutreten. Das Betreten des politischen Gebietes ist unteragt; in das Parteigetriebe darf sich keine Gewerkschaft einmischen; sie soll in Haß und Liebe jeder Partei gegenüber die gleiche Stellung einnehmen. Das ist, wie die „Christlichen“ von der Höhe ihrer Unschicklichkeit lehren, der einzig geübliche Weg für die Arbeiterklasse, das ist die Erfüllung des Gewerkschaftsprinzips, wie es von den englischen Arbeitern aufgestellt und so erfolgreich betätigt worden ist. Schade nur, daß es eine Gewerkschaftsbewegung, wie sie hier geschildert wird, gar nicht gibt, daß namentlich die englischen Gewerkschaften stets Politik getrieben haben und heute, nach Gründung der Arbeiterpartei, mehr als je treiben. Schade auch, daß die „Christlichen“ Gewerkschaften selber ausgesprochen parteipolitische Organisationen sind, die vom Zentrum zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründet wurden und die die politische Abstinenz nur im Interesse der bürgerlichen Parteien, in erster Linie des Zentrums, predigen, das heißt ihr Gesolge auf die „Neutralität“ verpflichten, um den völk- und arbeiter-

feindlichen Parteien die Opposition aus den Reihen der Arbeiter vom Gasse zu halten. Die „politische Neutralität“ der „Christlichen“ ist greulichster Humbug, ist bei Lichte besehen nichts weiter als politische Parteinahme zugunsten des Zentrums!

Schade endlich auch, daß die „Christlichen“ ihr Prinzip der Neutralität unausgesetzt durchbrechen durch ihre Bekämpfung der Sozialdemokratie. Man lese die Gewerkschaftsblätter und höre die „Christlichen“ Agitatoren: drei Viertel von dem, was im „Christlichen“ Lager geschrieben und geredet wird, richtet sich gegen die Sozialdemokratie. Gegen nationalliberale Scharfmacher, konservative Staatsstreicher und ultramontane Volksbetrüger kein Wort — sie sind geföhrt und geheiligt durch die „politische Neutralität“. Aber die Sozialdemokraten und die mit ihr auf dieselbe Stufe gestellten Gewerkschaften — sie müssen bekämpft, beschimpft und verleumdet werden, was das Zeug hält. Man weiß warum. Wie schrieb doch vor kurzem die Münchener-Blabacher Westdeutsche Arbeiterzeitung:

„Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung steht wie ein drohendes Ungewitter vor uns und die Zahl ihrer Anhänger und ihr Verhalten hämmert es uns tausendfach in die Seele hinein: Wir christlichen Arbeiter haben alles zu verlieren, wenn es uns nicht gelingt, den Riesen neben uns in Schach zu halten. Die Dinge liegen in einzelnen Gewerben bereits so, daß die christliche Arbeiterschaft Gefahr läuft, von der sozialdemokratischen Übermacht buchstäblich unterdrückt zu werden!“

Da liegt der Hund begraben! Es gab eine Zeit, da waren die „Christlichen“ den Sozialdemokraten gar nicht so gram. Das war, als sie noch hofften, bald an Stärke unserer Bewegung gleich zu werden und der deutschen Arbeiterbewegung die Richtung angeben zu können. In demselben Maße, wie diese Hoffnung schwand, wie die „Christlichen“ immer mehr ins Hintertreffen gerieten, wie sie inne wurden, daß sie vor einem Verzweiflungskampfe standen, da änderte sich die Sache. Mit der Gefahr ihrer Lage wuchs ihre Klugigkeit, wuchs ihre Mut und ihr klinder Eifer gegen den Riesen neben ihnen, der sie in seiner Faust zu zerdrücken droht. Der Kampf gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, der den „Christlichen“ Gewerkschaften von ihren Gründern übertragen worden war, ist mittlerweile für sie zu einer Lebensfrage geworden. Die Herren Führer sehen ihre Herrlichkeit bedroht und um sie zu retten, rufen sie mit dem Eifer des Verzweifels auf zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie, den einzigen Feind, den sie heute noch kennen.

Natürlich dürfen die Herren Führer und Agitatoren das nicht so sagen und so sind sie denn auf den Ausweg verfallen, in der Sozialdemokratie und der mit ihr haltenden Gewerkschaftsbewegung den eigentlichen Feind der Arbeiterklasse zu sehen, der bekämpft werden muß und demgegenüber die Neutralität fallen muß — der Arbeiter wegen! Um die deutsche Arbeiterklasse vor ihrem schlimmsten Feinde zu behüten, um das Hintertreffen aus dem Wege zu räumen, das ihrer Emporentwicklung entgegensteht, beschloß lassen die „Christlichen“ der Sozialdemokratie gegenüber die „politische Neutralität“ fallen und übernehmen das Amt, sie zu bekämpfen und sie unschädlich zu machen. Das ist der Sinn eines Artikels, der durch eine Anzahl „christlicher“ Gewerkschaftsblätter geht und an dessen Schluß es heißt:

„Die Sozialdemokratie ist eine wegverlorene Massenbewegung und als solche eine dauernde Gefahr für die soziale und demokratische Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft. Weil sie das ist, müssen auch christliche Gewerkschaftsblätter sich immer wieder mit der Sozialdemokratie befassen, über ihre Theorien reden, die Widersprüche in ihnen und ihre Ausschließlichkeit, über die Programmlosigkeit der Sozialdemokratie und ihre verzweifelten Anstrengungen, zu einem Programm zu gelangen. Um der Sache der Arbeiter willen, nicht als Sachverwalter der Kapitalisten oder bürgerlichen Parteien, befaßen wir uns mit der Sozialdemokratie. Ihr gegenüber kann es keine Neutralität geben. Sie wünscht sie nicht und kann sie nicht wünschen. Einer Sozialdemokratie gegenüber neutral zu sein, hieße sie fördern, damit aber auch das Unheil, das sie als verfeinerte revolutionäre Bewegung über uns bringen könnte.“

Die „Christlichen“ als Retter der deutschen Arbeiterklasse! Die Hörsigen der rückständigsten Partei, die ergebenen Diener der römischen Kirche, die Handlanger des Unternehmertums — sie preisen sich dem deutschen Proletariat als Schützer und Helfer an. Und wie „geschickt“ sie das ansagen! Selbstverständlich sehen sie sozialdemokratische Partei und freie Gewerkschaftsbewegung als eins und dasselbe und machen letztere für jedes Wort und jeden Satz aus den Reihen der politischen Partei verantwortlich. Die Gewerkschaftsbewegung wird nicht nach ihren eigenen Zielen und Bestrebungen, sondern nach dieser oder jener Parteiförderung, nach diesem oder jenem Zeitungsartikel der sozialdemokratischen Presse oder irgend einem Anspruchs eines sozialdemokratischen Redners beurteilt. Man höre nur diesen einen Satz:

„Noch haben wir es mit einer Sozialdemokratie zu tun, die den Massen das Traumland des Zukunftsstaates zeigt. Es sind erst einige Monate her, da durch die gesamte sozialdemokratische Presse eine Serie von Aufsätzen ging, in denen neuerdings behauptet wurde, daß der Zukunftsstaat nicht mehr fern sei, daß er die völlige Freiheit des Genusses der gesellschaftlichen Güter und die freie Auswahl der Arbeit bringen würde. Jeder erhält das und so viel er will und seine Arbeit kann er frei wählen.“

Wir sind überzeugt, daß diese Sätze in dem Sinne, wie er hier zum Ausdruck kommt, nicht in der sozialdemokratischen Presse zu finden sind. Wir kennen unsere „Christlichen“! Wir wissen, daß von zehn Fällen, wo sie etwas gegen die Sozialdemokratie sagen, neun erlogen sind und einer bis zum Widerstreit entstellend ist. Wir wollen nachsichtig sein und obige Sätze unter die widerständig entstellten Fälle rechnen, deren Widerlegung sich erübrigt, da ihr Widerstreit für jeden verständig denkenden Menschen auf der Hand liegt. Und gottlos denkt die Mehrzahl der deutschen Arbeiter verständig genug, um nicht auf das Gerede der „christlichen“ Agitatoren hineinzufallen. Von acht deutschen Arbeitern, die das Bedürfnis der gewerkschaftlichen Organisation empfinden, gehen sieben in unser und einer

geht ins „Christliche“ Lager. Und es wäre schade, wenn es umgekehrt wäre. Schade wäre es, wenn es so bliebe, wenn nicht bald auch der letzte Arbeiter, der sich heute noch in die „Christliche“ Hürde verirrt, den Weg zu seinen Klassenbewußten Arbeitsbrüdern fände. Und auch dahin wird es kommen — trotz der „Neutralität“, die die „Christlichen“ den bürgerlichen Parteien der Volks- und Arbeitervereine widmen und trotz des verblendeten Hasses und der ohnmächtigen Dummheit, womit sie sich auf die Sozialdemokratie und die freie Gewerkschaftsbewegung stützen.

### Herr Großadmiral v. Tirpitz und die Organisation der britischen Werften.

Im April d. J. wurde den Kaiserlichen Werften in Danzig und Kiel und der Torpedowerft Friedrichsort durch Anschlag ein neuer Lohnvertrag zur Kenntnis gebracht, der vom Reichsmarineamt herausgegeben worden war. Dieser Lohnvertrag sah nur geringfügige Änderungen derselben Lohnsätze vor, wie in den letzten vier Jahren und es war somit den veränderten Zeitverhältnissen nicht in geringster Rechnung getragen. Im Jahre 1907 wurde durch eine neue Klassifizierung eine geringe Lohnerhöhung von 2 bis 3 % gegeben, wozu ungefähr 50 Prozent der Arbeiter teilnahmen. Seit dieser Zeit sind durch die Zoll- und Steuerraubpolitik die wirtschaftlichen Verhältnisse für die Arbeiter immer ungünstiger gestaltet worden, eine Lohnverbesserung ist demgegenüber jedoch nicht erfolgt. Obgleich die Arbeiter aller in Frage kommenden Staatswerften fast alljährlich unter Berücksichtigung der wesentlichen verteuerten Existenzverhältnisse mit den überzeugendsten Begründungen um eine Lohnverbesserung nachgesucht haben und auch von unseren Freunden im Reichstage diese Eingaben in wirksamer Weise unterstützt und vertreten worden sind, hat der Herr Großadmiral stets nur eine glatte Weisung dafür übriggehabt.

Auch in diesem Jahre wurden von der Arbeiterchaft Wilhelms-Havens erneut diese Forderungen an das Reichsmarineamt gerichtet. Sie lauteten:

1. Löhne:	pro Stunde
der Einstellungslohn für alle gelernten Berufe beträgt	50 ¢
nach vierjähriger Probezeit	45 ¢
einjähriger Tätigkeit	54 ¢
dreijähriger	60 ¢
der Einstellungslohn für Hilfsarbeiter beträgt	45 ¢
nach einjähriger Tätigkeit	48 ¢
dreijähriger	53 ¢

Den gelernten Berufen sind alle qualifizierten Arbeiter, wie Metzger, Steuermann u. gleichzustellen. Gleichzeitig bitten die Arbeiter, die Alterssätze entsprechend zu erhöhen.

Für die Monatslöhner soll der Lohn in der Weise geregelt werden, daß für diese in gleicher Weise eine prozentuale Steigerung eintritt wie bei den Stundenlöhnern.

**2. Arbeitszeit.**  
Die Arbeitszeit ist durchgehend und beträgt 9 Stunden, einschließlich einer viertelstündigen Frühstücks- und einer halbstündigen Mittagspause.

Waffen überstunden geleistet werden, so tritt bis zu zweifachiger Dauer derselben eine viertelstündige, bei längerer Dauer eine halbstündige Pause nach Schluß der regulären Arbeitszeit ein, welche vergütet wird.

Als überstunden gelten die ersten 2 Stunden nach Schluß der regulären Arbeitszeit, als Nachtarbeit die darauf folgenden bis zu Anfang der regulären Arbeitszeit.

Für Überarbeitszeit wird für die ersten 2 Stunden ein Aufschlag von 25 Prozent, für die dann folgenden und für Nachtarbeit 50 Prozent bezahlt.

An den Tagen vor Pfingsten, Weihnachten, Neujahr und Ostern ist 2 Stunden früher Feierabend, ohne daß ein Lohnabzug hierfür eintritt. Die in die Woche fallenden Feiertage werden dem Lohn entsprechend bezahlt.

Die Lohnzahlung geschieht während der Arbeitszeit.

**3. Urlaubsgewährung.**

Nach zweijähriger Beschäftigungszeit wird ein Urlaub von 6 Tagen, nach sechsjähriger Beschäftigungszeit ein Urlaub von 12 Tagen gewährt, unter Fortzahlung des durchschnittlichen Tages- und Abendverdienstes.

**4. Erweiterung der Kompetenzen des Arbeiterausschusses.**

Der Arbeiterausschuß ist in allen Angelegenheiten betreffend Lohn- und Arbeitsbedingungen zu hören. Desgleichen in allen Angelegenheiten betreffend die hygienischen und sanitären Einrichtungen. Bei Angelegenheiten technischer Natur ist der Arbeiterausschuß grundsätzlich zu hören, soweit sie im Betrieb für die Arbeiter in Betracht kommen.

Bei Arbeiterentlassungen wegen Mangel an Arbeit ist zunächst mit dem Arbeiterausschuß zu verhandeln.

Die Ausschußmitglieder genießen für die in Ausübung ihres Amtes ausgeprochenen Ansichten volle Immunität.

Den Ausschußmitgliedern ist es gestattet, jederzeit miteinander in Verbindung zu treten, desgleichen sich von den ihnen übertragenen Befugnissen zu überzeugen.

Den Ausschußmitgliedern wird am Schluß des Jahres Rechnungslegung über die Verwendung der Strafgelder gegeben.

Die Ausschußmitglieder sind berechtigt, ihr Amt vor Ablauf der festgesetzten Zeit niederzulegen. Auch ist denselben Gelegenheit zu geben, durch Studium einschlägiger Literatur, Besuchen von Fabriken und Museen sowie Ausstellungen ihren Geschäftskreis zu erweitern.

Für verarmte Arbeiter ist infolge Ausübung ihres Amtes in den Ausschußmitgliedern der Lohn nicht 50 Prozent Aufschlag zu gewähren.

Die Ausschußmitglieder verfahren in ihrer Eigenschaft als Vertreter der Arbeiter nur mit dem Leiter des Betriebes oder dessen mit derselben Vollmacht ausgestatteten Vertretern.

Alle Anträge der Arbeiter über Änderung der Arbeitsordnung, der Arbeitszeit und der Entlohnung sind dem Reichsmarineamt nach Beratung mit der Direktion zu übermitteln.

Die Mitglieder des Arbeiterausschusses sind berechtigt, über ihre Tätigkeit Berichte an das Reichsmarineamt und an die Arbeiter zu erstatten.

Bei den in den Kalkulationsbüros zur Aufstellung kommenden Abschätzungen für die einzelnen Berufsgruppen ist das hierzu zuständige Mitglied des Ausschusses oder ein aus freier Wahl der Arbeiter vorgeschlagener Vertreter zur Mitwirkung hinzuzuziehen.

Diese Forderungen waren mit ganz geringen Ausnahmen, die Lohnsätze ausgenommen, dieselben, wie sie schon seit mehreren Jahren geachtet worden sind. Da die Lebensverhältnisse ganz besonders auch für die Hilfsschmiedearbeiter ungünstiger gestaltet haben, war es geradezu eine Notwendigkeit, durch eine höhere Entlohnung wieder den Ausgleich zu erhalten. Der Arbeiterausschuß wurde von einer Werftarbeiterversammlung beauftragt, dem Reichsmarineamt diese Forderungen beizubringen. Nachstehend werden die Punkte des Herrn Großadmirals:

„Der Arbeiterausschuß ist auf seine Eingabe vom 2. Mai binnen 48 Stunden mit Entschiedenheit dieser Verfügung folgende Entscheidung bekannt zu geben:

(Der Herr Oberwerftmeister Erdmann las diese dem Arbeiterausschuß in folgender Weise vor.)

1. Löhne. Die Lohnverhältnisse sind nach Rückgabe der Lebensmittel und Mietpreise sowie nach der Lage in der Privatindustrie eingehend geprüft. Auf Grund dieser Prüfung ist der neue Lohnvertrag entworfen worden. Alle über die darin festgelegten Lohnsätze hinausgehenden Anträge werden abgelehnt.

2. Arbeitszeit. Die Forderung einer effektiveren Arbeitszeit von nur 8 1/2 Stunden täglich sowie die weiteren auf die Verkürzung der Arbeitszeit abzielenden Forderungen werden abgelehnt.

Die Anträge auf höhere Vergütung der Überstunden und Sonntagsgewährung werden abgelehnt. Die Zahlung von Lohn für die in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage wird abgelehnt.

3. Urlaub. Die Bestimmungen über die Urlaubsgewährung sind nach Übereinkunft der beteiligten Reichs- und Staatsbehörden für alle diesen Behörden unterstellten Betriebe gleichmäßig geregelt worden. Eine Veränderung dieser Bestimmungen im Sinne des Antrages des Arbeiterausschusses anzulegen, liegt für mich keine Veranlassung vor.

4. Kompetenzen des Ausschusses. Die Kompetenzen des Arbeiterausschusses zu erweitern, lehne ich ab. Hierzu kann ich mich um so weniger verstehen, als die vorliegende Eingabe mit ihren für jeden einsichtigen Arbeiter ohne weiteres als unerfüllbar zu erkennenden Forderungen klar beweist, daß der Ausschuß noch nicht einmal die ihm im Rahmen seiner derzeitigen Befugnisse zuzulassenden Aufgaben richtig verstanden hat. Seiner vornehmsten Aufgabe, der Mitwirkung an der geordneten Entwicklung des Arbeitsverhältnisses, wird der Ausschuß nicht etwa dadurch gerecht, daß er kritisch jegliche Forderungen, die von irgend welcher Seite an ihn herangetragen, sich zu eigen macht und der Werft übermitteln, sondern nur dadurch, daß er sich bemüht, wo immer derartige offenkundige unerfüllbare und daher unverfügbare Forderungen auftreten, diese auf das mit dem Werft- und Allgemeininteresse vereinbare vernünftigste Maß zu beschränken.

Was eine ungeschminkte, von keiner Rücksicht getriebene Zurückweisung aller, auch nur der bescheidensten Wünsche, dagegen aber eine recht ausführliche Zurechnung des Arbeiterausschusses und eine Schulmeisterung über Wohlverhalten und geziemende Tätigkeit. Eine solche Antwort und Behandlung der Arbeiterchaft eines Staatsbetriebes durch den höchsten Beamten dieses Ressorts ist aber auch nur in Preußen-Deutschland zu verzeichnen. In allen anderen Kulturländern ist man nicht nur auf die Forderungen der Staatsarbeiter eingegangen und hat diese im wesentlichen berücksichtigt, vielmehr hat ein Teil von diesen Marinebehörden direkt mit den Gewerkschaften der Arbeiter und deren Vertreter über die Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandelt und eine Regelung mit diesen vereinbart.

Vor einiger Zeit ist über die Organisation der Staatswerften der Vereinigten Staaten ein Artikel durch die Presse gegangen. Im nachstehenden soll einiges über die britischen Werften berichtet werden, das einem Bericht des Reichsmarineamts entnommen ist. Es handelt sich um eine wesentliche Steigerung der Arbeiterzahl in den dortigen Marinebetrieben und es wird dazu bemerkt:

„Die Steigerung der Arbeiterzahl wurde bedingt durch die Zahl und Vergrößerung des Displacementes der Schiffe sowie schließlich durch das Drängen der Vertreter der örtlichen Arbeiterinteressen und der Arbeiterorganisationen im Parlament, das darauf abzielte, während der niedrigen Konjunktur den Arbeitslosen Beschäftigung auf den Werften zu verschaffen. Es ist bemerkenswert, daß die Admiralsität sich diesem Druck nicht hat entgegenstellen können und tatsächlich durch erhebliche Nachbesserungen in den beiden letzten Jahren die Möglichkeit geschaffen hat, mehreren tausend Arbeitern Beschäftigung auf den Werften zu geben. Die Admiralsität hat überhaupt, wenn sie sich auch dem Verlangen nach Gleichstellung der Werftarbeiter mit den Arbeitern der Privatindustrie in bezug auf Lohnfragen mit einem Erfolg widersetzt, doch in mancher andern Beziehung den Arbeiterorganisationen gegenüber in den letzten Jahren größeres Entgegenkommen bewiesen. Schon im Jahre 1906 hat sie zum Beispiel bei Gelegenheit der jährlichen Rundreise auf den Werften Vertreter der Gewerkschaften empfangen und mit ihnen über Arbeiterverhältnisse auf den Werften verhandelt.“

Als im Jahre 1906 eine der Werften dem örtlichen Trades and Labour Council das Recht bestritt, ihr Beschwerden der Werftarbeiter vorzulegen, wandte sich die Admiralsität mit dem Verlangen, die Lords möchten beim nächsten Besuch des Werftortes eine Abordnung aus ihrer Mitte empfangen, um verschiedene Beschwerden der Werftarbeiter entgegenzunehmen, die einem Dockyard Grievances Committee, also einer besonderen Sammelstelle für solche Beschwerden, zugegangen seien. Außerdem wurde für den Sekretär des Council die Erlaubnis nachgesucht, Beschwerden der Werftarbeiter direkt der Werft mitzuteilen. Der erste Lord war damit einverstanden und es ist auch danach verfahren worden.“

Der Bericht berichtet sich dann weiter über die Reisen der Lords und weist darauf hin, daß diese nicht mehr so viel Bedeutung haben wie früher, weil die Technik soweit fortgeschritten ist.

Dagegen sind die Reisen wiederum insofern bedeutungsvoller geworden, als sie dem ersten Lord oder seinem Vertreter Gelegenheit geben, in persönliche Beziehungen zu den Arbeitern zu treten und deren Wünsche und Klagen selbst zu hören. Die Verhandlungen mit den Arbeitern finden ohne Beisein der örtlichen direkten Vorgesetzten statt. Die Wünsche und Klagen sind teils persönlicher, teils allgemeiner Natur, im letzteren Falle spricht gewöhnlich jedes Handwerk für sich. Vor einigen Jahren hat sich der damalige erste Lord im Begleitbrief an den Staatssekretär sehr günstig über die Einrichtung ausgesprochen und betont, daß sie nicht nur zur Besserung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse beiträgt, sondern auch Lohnaufbesserungen im jährlichen Betrage von 60000 £ zur Folge gehabt hat. Hiermit vergleiche man die Haltung des Herrn v. Tirpitz.

Der Kongreß ist in einer durchaus harmonischen und wirkungsvollen Weise verlaufen. Die Hoffnungen der Segner und die Befürchtungen, die vereinzelt auch in unseren Reihen aufgetaucht waren, als ob es infolge gewisser Vorwahnheiten zu heftigen Auseinandersetzungen kommen würde, haben sich nicht erfüllt, trotzdem von einer Seite noch unmittelbar vor dem Kongreß einiger Zündstoff herbeigehandelt worden war. Dieser Zündstoff war aber wegen seines Alters nicht mehr fernergefährlich. Die Absicht ist also vorübergegangen und es besteht eben auch ein großer Unterschied zwischen einem Kongreß der Gewerkschaften und einem Parteitag. Kein Mißverständnis der Verhandlungen, obwohl es auch bei den Gewerkschaften in verschiedenen Stufen nicht an gegenwärtigen Meinungen mangelt. Aber der Wille zur Selbstopferung war so groß, daß selbst die doch sehr friedliche Resolution des Genossen Bianig, die auf eine Reform der Gewerkschaftsregeln abzielte, nur zwei Stimmen erhielt. Nicht einmal die Grenzfreizeitigkeiten, mit denen sich fast alle bisherigen Gewerkschaftskongresse zu beschäftigen hatten, erregten die Gemüter. Man kann hier fast ohne weiteres sagen, die schon bestehenden Differenzen in Verhandlungen mit den Beteiligten zu erklären und zu beseitigen. Nachdem durch die früheren Kongresse gewisse Richtlinien für die Form der Organisation gegeben worden sind und auch dieser Kongreß durch Annahme des Antrags der Schiffbauarbeiter (siehe Nr. 28) ausgesprochen hat, daß sich die Gewerkschaften zu leistungsfähigen Substitutionsverbänden vereinigen oder an solche anzuschließen haben, werden diese Streitfragen in Zukunft gewiß leidenschaftlos behandelt werden.

Es ist vor dem Kongreß auch die Meinung laut geworden, daß seine Tagesordnung so umfangreich sei, daß er sie wohl kaum werden ganz erledigen können. Aber der Kongreß hat keinen Rest übrig gelassen, es brannste die Delegierten nicht mit dem Kopf in der Hand noch über die wichtigsten Fragen abzufragen. Man wird aber trotzdem nicht sagen können, daß irgend ein Punkt zu flüchtig behandelt worden sei.

So groß und gesund hat der Kongreß gute und nützliche Arbeit geleistet. Von seinen Beschlüssen hat die meiste Bedeutung aber die Errichtung einer Versicherungskasse, aber deren Zweck das Nähere aus dem Verhandlungsbericht zu entnehmen ist. Aber auch die Stellungnahme zu den übrigen Punkten ist von großer Bedeutung und wird den Eindruck in der Öffentlichkeit nicht per-

## Achter Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Kongreß ist in einer durchaus harmonischen und wirkungsvollen Weise verlaufen. Die Hoffnungen der Segner und die Befürchtungen, die vereinzelt auch in unseren Reihen aufgetaucht waren, als ob es infolge gewisser Vorwahnheiten zu heftigen Auseinandersetzungen kommen würde, haben sich nicht erfüllt, trotzdem von einer Seite noch unmittelbar vor dem Kongreß einiger Zündstoff herbeigehandelt worden war. Dieser Zündstoff war aber wegen seines Alters nicht mehr fernergefährlich. Die Absicht ist also vorübergegangen und es besteht eben auch ein großer Unterschied zwischen einem Kongreß der Gewerkschaften und einem Parteitag. Kein Mißverständnis der Verhandlungen, obwohl es auch bei den Gewerkschaften in verschiedenen Stufen nicht an gegenwärtigen Meinungen mangelt. Aber der Wille zur Selbstopferung war so groß, daß selbst die doch sehr friedliche Resolution des Genossen Bianig, die auf eine Reform der Gewerkschaftsregeln abzielte, nur zwei Stimmen erhielt. Nicht einmal die Grenzfreizeitigkeiten, mit denen sich fast alle bisherigen Gewerkschaftskongresse zu beschäftigen hatten, erregten die Gemüter. Man kann hier fast ohne weiteres sagen, die schon bestehenden Differenzen in Verhandlungen mit den Beteiligten zu erklären und zu beseitigen. Nachdem durch die früheren Kongresse gewisse Richtlinien für die Form der Organisation gegeben worden sind und auch dieser Kongreß durch Annahme des Antrags der Schiffbauarbeiter (siehe Nr. 28) ausgesprochen hat, daß sich die Gewerkschaften zu leistungsfähigen Substitutionsverbänden vereinigen oder an solche anzuschließen haben, werden diese Streitfragen in Zukunft gewiß leidenschaftlos behandelt werden.

Es ist vor dem Kongreß auch die Meinung laut geworden, daß seine Tagesordnung so umfangreich sei, daß er sie wohl kaum werden ganz erledigen können. Aber der Kongreß hat keinen Rest übrig gelassen, es brannste die Delegierten nicht mit dem Kopf in der Hand noch über die wichtigsten Fragen abzufragen. Man wird aber trotzdem nicht sagen können, daß irgend ein Punkt zu flüchtig behandelt worden sei.

So groß und gesund hat der Kongreß gute und nützliche Arbeit geleistet. Von seinen Beschlüssen hat die meiste Bedeutung aber die Errichtung einer Versicherungskasse, aber deren Zweck das Nähere aus dem Verhandlungsbericht zu entnehmen ist. Aber auch die Stellungnahme zu den übrigen Punkten ist von großer Bedeutung und wird den Eindruck in der Öffentlichkeit nicht per-

fehlen. Der Agitation in den weitesten Kreisen ist durch die Verhandlungen und Beschlüsse ein mächtiger Impuls gegeben worden und so dürfen wir der frohen Gewißheit sein, daß bis zum nächsten Kongreß unsere Gewerkschaften wieder einen bedeutenden Schritt auf dem Wege zu ihrem Ziele werden zurückgelegt haben.

fehlen. Der Agitation in den weitesten Kreisen ist durch die Verhandlungen und Beschlüsse ein mächtiger Impuls gegeben worden und so dürfen wir der frohen Gewißheit sein, daß bis zum nächsten Kongreß unsere Gewerkschaften wieder einen bedeutenden Schritt auf dem Wege zu ihrem Ziele werden zurückgelegt haben.

Dresden, 26. Juni 1911.

Genosse Legien eröffnet den Kongreß um 9 1/2 Uhr im Namen der Generalkommission. Er heißt die Delegierten und die ausländischen und die inländischen Gäste willkommen und verbreitet sich dann in längerer Ansprache über den gewaltigen Fortschritt in der Entwicklung der Gewerkschaften. Unsere in Hamburg ausgesprochene Hoffnung, 2 Millionen Mitglieder bis zum nächsten Kongreß zu erreichen, ist übertraffen worden. Gegenwärtig sind in unseren Reihen 2276000 Mitglieder vereinigt. Ein Fortschritt, der uns mit Genugtuung erfüllen muß. In gleicher Weise wie die Mitgliederzahl, haben sich auch unsere Finanzverhältnisse entwickelt. Es wäre aber eine Täuschung, wenn wir annehmen würden, daß wir bei diesem Stande allen kommenden Kämpfen gewachsen wären. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Unternehmerorganisationen in gleicher Weise gewachsen sind und ihre Taktik geändert haben. Sie sind von der Abwehrtätigkeit zur Angriffsaktivität übergegangen. Ihre Stärke ist mindestens die gleiche wie die unsere.

Legien gibt dann einen Rückblick über die Kämpfe der Gewerkschaften seit Bestehen der Generalkommission. Er zeigt, in welcher enormer Weise die Kämpfe gestiegen sind. Die Lohnkämpfe im Vorjahre hätten die von früheren Jahren weit übertraffen. Nach dieser Entwicklung können wir mit Sicherheit darauf rechnen, daß wir noch schwereren Kämpfen entgegengehen, daß die Unternehmer das, was wir in bezug auf die Ausperrung bisher erlebt, noch übertraffen werden. Bei allen diesen Kämpfen sind wir auf unsere eigene Kraft angewiesen. Wir haben von der Gesetzgebung keinen Beistand zu erwarten. Im Gegenteil. Die Erledigung der sozialpolitischen Gesetze in letzter Zeit kann einem die Überzeugung bringen, daß die Staatsregierung die Arbeiter wohl hört, dann aber in den Gesetzesentwürfen das Gegenteil vorschlägt. (Sehr richtig!) Der Einfluß, den die Unternehmer bei der Regierung haben, ist außerordentlich groß; die Staatssekretäre handeln, als ob sie angestellte Sekretäre des Unternehmerverbandes wären. (Sehr richtig!) Ich will nur auf zwei Punkte hinweisen, bei denen der Einfluß der Unternehmer auf die Regierung so sehr zum Ausdruck kommt: Reichsversicherungsordnung und Hygieneausstellung. Bei der Reichsversicherungsordnung hat die Arbeiterchaft ihre besonderen Wünsche zum Ausdruck gebracht. Und da können wir tatsächlich konstatieren, daß in dem Gesetzesentwurf immer das Gegenteil zum Ausdruck kam von dem, was die Arbeiter wünschten. Bei der Hygieneausstellung sehen wir den Einfluß der Unternehmer besonders gravierend. Die Gewerkschaften wurden zur Beteiligung an der Ausstellung eingeladen, und wir nahmen diese Einladung an. Unsere Beteiligung wurde aber durch die sächsischen Regierung und die Industriellen verhindert. Die Details sind ja bekannt. Die Gewerkschaften sind dem Ausstellungskomitee sehr weit entgegengekommen, mehr entgegengekommen konnte man nicht. Wir wollten die von uns auszustellenden Sachen einer unparteiischen Jury zur Prüfung unterstellen, wir wollten uns aber nicht unter das Diktum der Unternehmer stellen. Wir sahen uns daher gezwungen, von der Beteiligung abzusehen. Die Regierung hat sich bei ihrem Standpunkt wohl von der Erkenntnis leiten lassen, daß das Lob für die Ausstellung durch die Ausstellung der Verhältnisse in der Heimarbeit befestigt wird. Man sagte, wir wollten eine tendenziöse Ausstellung schaffen. Wir haben dies nicht nötig. Wir brauchen nur das Glend der Heimarbeit so zu zeigen, wie es ist, es wird immer abschreckend wirken. (Sehr gut!) Durch unsere Zurückweisung hat aber die Ausstellung eine Tendenz bekommen, eine Tendenz der Schönfärberei. Ich bin aber der Ansicht, entweder stellt man die Dinge so dar, wie sie sind, oder läßt es überhaupt bleiben. (Zustimmung.) Hat man in der Ausstellung verhindert, daß wir dort zeigen, was wir wollten, so werden wir hier mündlich zeigen, wie die Verhältnisse bei der Heimarbeit sind. Mögen nun die Arbeiter des Kongresses dazu beitragen, daß die Zeiten bald kommen, wo die Staatsregierungen genötigt sein werden, die Wünsche der Arbeiter nicht nur anzuhören, sondern ihnen auch Rechnung zu tragen. (Lebhafte Zustimmung.)

Arbeitersekretär Bud (Dresden) begrüßt hierauf den Kongreß im Namen der Dresdener Arbeiterchaft. Nach einem historischen Rückblick auf die Entwicklung der Dresdener Arbeiterbewegung wünscht er dem Kongreß den besten Erfolg seiner Arbeiten.

Nach Einlegung des Bureau (Voritzende Legien, Seipart und Schlichte) und Wahl einer Mandatprüfungskommission wird die Tagesordnung wie folgt festgestellt:

1. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Berichterstatter: Legien. Beratung der Anträge betr.
  - a) Allgemeine Agitation.
  - b) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern.
  - c) Streikunterstützung und Streikstatistik.
  - d) Arbeiterinnen-Sekretariat.
  - e) „Korrespondenzblatt“.
  - f) Sozialpolitische Abteilung.
  - g) Zentral-Arbeitersekretariat.
  - h) Vereinbarungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine.

2. Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unterstützungskasse. (Dieser Punkt ist in die provisorische Tagesordnung eingefügt worden, nachdem die Verhandlungen mit den Genossenschaften soweit geheißen sind, daß das Projekt einer Volksversicherung dem Kongreß vorgelegt werden kann, daß der unehelichen Ausbeutung der Arbeiter durch Privatversicherungsgesellschaften ein Ende bereiten soll.)

3. Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch. Referent: Dr. Heinemann (Berlin).

4. Heimarbeiterschutz und Hausarbeitsgesetz. Referent: E. Deichmann (Bremen).

5. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung. Referent: Robert Schmidt (Berlin).

6. Arbeitsnachweis und Arbeitslosenunterstützung. Referent: Paul Umbreit (Berlin).

7. Die Stellung der Privatangehörigen im Wirtschaftsleben. Referent: P. Lange (Hamburg).

8. Bildungsbestrebungen und Bibliothekwesen in den Gewerkschaften. Referent: J. Sassenbach (Berlin).

9. Beratung sonstiger Anträge.

Es folgen darauf Begrüßungsansprachen der Gäste aus Schweden, Österreich und Ungarn. Gen. Kaufmann (Hamburg) überbringt die herzlichen Grüße und Glückwünsche des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Er freut sich, feststellen zu können, daß das Handhabbararbeiten der Genossenschaften mit den Gewerkschaften zugenommen habe. Die Genossenschaften seien bestrebt, vorbildliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Kaufmann wünscht dem Kongreß erfolgreichen Arbeiten, damit dieses dazu beitragen, die Arbeiterchaft als Produzenten und Konsumenten zu betreten von aller Abhängigkeit.

Den Rechenschaftsbericht der Generalkommission erstattet nun Legien. Er verweist auf den gedruckten Bericht und erklärt, nur zu einzelnen Punkten Ergänzungen machen zu wollen. Zunächst bezieht er die Ausführung des Beschlusses des Hamburger Kongresses bezüglich der Landarbeiter und der Hausangehörigen, für die in der Berichtsperiode Organisationen gegründet wurden. Diese Organisationen könnten nicht alle gewerkschaftlichen Mittel in Anspruch nehmen, weil die in diesen Berufen Beschäftigten das Koalitionsrecht nicht haben. Trotzdem hätten sie gute Erfolge erzielt, mehr als man in der kurzen Zeit erwarten habe. Die Errichtung von Arbeitersekretariaten müßte lediglich Aufgabe der Orte sein. Die Generalkommission könne nicht so bedingungslos Beiträge zur Errichtung von Arbeitersekretariaten leisten. Ebenso liege es bei der Anstellung

von Gewerkschaftsangehörigen. Man brauche hier nicht in Konkurrenz mit den „Christlichen“ einzutreten. Die freien Gewerkschaften hätten bauernden Einfluss auf die Masse gewonnen. Auch bei der Errichtung von Gewerkschaftshäusern sei äußerster Vorzicht am Platze. Die Generalkommission könne hierfür keine Mittel gewähren. Auch in Zukunft werde in gleicher Weise vorgegangen werden. Legien geht dann auf die Unterrichtsfrage der Gewerkschaften, die in letzter Zeit viele Erweiterungen hervorgerufen haben, ein. Den Wert der Kurse könne man wohl nur beurteilen an der Hand dessen, was die Schüler berichten. Es wird sich mit der Zeit vielleicht zeigen, ob die Einrichtung dazu geführt hat, eine größere Zahl besser ausgebildeter Gewerkschaftler zu schaffen. Ich kann feststellen, daß die Teilnehmer der Schule fast ausnahmslos erklärt haben, daß diese Kurse ihnen wesentlich nützten. Es ist dabei auch auf die Mängel aufmerksam gemacht worden, die dann beseitigt wurden. Die Kurse sind auf sechs Wochen ausgedehnt worden. Es konnten dadurch weitere Vorzüge eingeschoben werden. Nun ist in neuerer Zeit in der Arbeiterpresse die Frage erörtert worden, ob nicht eine Vereinigung der beiden Einrichtungen, Partei- und Gewerkschaftsschule, möglich ist. Ich meine, eine solche Vereinigung entspricht nicht dem Charakter der Schulen. Der Zweck unserer Kurse ist nicht, die Teilnehmer auszubilden und mit Wissenschaft zu füllen, sondern den Weg zu zeigen, auf dem sie sich weiterzubilden können. Deshalb dürfen wir unsere Kurse nicht verlängern. Bei der Parteischule sind die Voraussetzungen andere. Darum bin ich ganz entschiedener Gegner der Vereinigung. Zu Auseinandersetzungen hat noch geführt die Frage der Lehrkräfte an der Gewerkschaftsschule. Es wurde gesagt, Leute, die nicht Parteigenossen sind, dürfen nicht unterrichten. Als die beiden Personen, um die es sich handelt, als Lehrkräfte herangezogen wurden, waren sie Mitglieder der sozialdemokratischen Partei. Nun entsteht aber die Frage, soll auch Professor Sommerfeld, der über Gewerbehygiene unterrichtet, nicht mehr als Lehrer tätig sein können? Wollen Sie auch von ihm verlangen, daß seine Lehrtätigkeit über sanitäre Fragen von seiner Parteiposition abhängig gemacht wird? Sind sich die Genossen, die derartige Anträge stellen, nicht darüber klar, zu welchen Konsequenzen dieser Beschluß führen kann? Wir haben einzig darüber zu urteilen, ob der Lehrer die von ihm vorgetragene Materie wissenschaftlich beherrscht. Daß an der Parteischule nur Parteigenossen lehren, halte ich für selbstverständlich. Aber auch hier kann es noch anders werden. Für uns kommt es darauf an, daß unsere Schüler etwas lernen. Die Generalkommission und die Zentralvorstände haben ihren Standpunkt in folgender Erklärung festgelegt:

„Für die Heranziehung und fernere Inanspruchnahme der Vortragenden in dem gewerkschaftlichen Unterrichtskurs soll allein der Umstand entscheidend sein, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen sind und die in Betracht kommende Materie wissenschaftlich einwandfrei behandeln. Voraussetzung muß jedoch hierbei sein, daß volles Vertrauen der Kursteilnehmer zu den Vortragenden vorhanden ist, damit nicht durch Mangel solchen Vertrauens der Wert der Kurse herabgemindert wird.“

Dieses Vertrauen, führte Legien weiter aus, muß vorhanden sein. Wenn die Kursteilnehmer sagen, zu dem oder jenem Lehrer haben wir kein Vertrauen, dann muß die Generalkommission natürlich einschreiten. Dieser Fall ist aber bisher nicht eingetreten. Wir haben die Einrichtung, daß allwöchentlich eine Aussprache der Schüler vorgenommen wird. Bei dieser Aussprache sind keine Anstände bezüglich der Lehrer vorgetragen worden. Dadurch dürften auch die Anträge, die hierzu vorliegen, erledigt sein. Legien geht dann auf die Frage der Statistik ein. Die Generalkommission habe den Gewerkschaften empfohlen, den Wünschen des Statistischen Amtes zu entsprechen, und es habe sich ein ganz erfreuliches Zusammenarbeiten zwischen Statistischem Amt und den Gewerkschaften herangebildet. Auf einem Gebiet, bei der Statistik, sei keine Einigung erzielt worden. Der frühere Direktor des Statistischen Amtes habe ihm erklärt, er wisse wohl, daß die amtliche Statistik nicht taugt und falsch ist. Das habe der Dezernent dieser Abteilung, der auch schon tot sei, erklärt. Trotzdem sei das alte System noch vorhanden. Man verfolge mit dieser Statistik den Zweck, Material gegen die Gewerkschaften zu schaffen. Aber nicht das Reichsstatistische Amt sei hierfür verantwortlich zu machen, sondern die Staatssekretäre; der Reichsstatistiker trage die Verantwortung für die falsche Statistik über Streiks und Ausperrungen. Redner bespricht nun den Legitimationszertifikatszwang für ausländische Arbeiter, der wider Recht und Gesetz in Preußen und anderen Ländern durchgeführt sei. Die Generalkommission habe nun versucht, die ausländischen Regierungen darauf aufmerksam zu machen, daß diese Schritte tun, um die Rechte der Staatsangehörigen ihrer Länder gegenüber dem Vorgehen der Regierungen einiger deutscher Bundesstaaten zu wahren. Zu den Vereinbarungen über die Maifeier will ich nur wenige Worte sagen, es ist endlich an der Zeit, daß wir mit der Erörterung über die Maifeier Frieden machen. (Sehr richtig!) Ich möchte Sie dringend bitten, ohne jede Auseinandersetzung den erneuten Vereinbarungen zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission zuzustimmen. Es muß endlich Ruhe in dieser Frage werden. Laßt uns ein paar Jahre auf Grund der Vereinbarungen arbeiten und dann sehen, ob eine Änderung nötig ist. Legien bespricht dann die Differenzen zwischen Schriftstellern der Partei und der Generalkommission. Mit der Partei und dem Parteivorstand habe die Generalkommission immer einmütig zusammengearbeitet, die Differenzen seien nur durch einige Schriftsteller gekommen. Die Gewerkschaftsarbeit sei Siphhusarbeit, wurde gesagt. Wir mußten gegen diese Äußerung Stellung nehmen. Die Gewerkschaftsarbeit kann wohl durch Gesetze unterbunden werden. Die Aufklärung der Arbeiter, die die Gewerkschaften ergibt, kann uns nicht genommen werden, und diese Arbeit ist gewiß keine Siphhusarbeit. Darum soll man uns nicht mit dieser Bemertung kommen und die gewerkschaftliche Tätigkeit hemmen. Die andere Auseinandersetzung kam durch den Artikel des Genossen Pannetoe über die Gewerkschaftsbeamten. P. sagte, die Lebenshaltung der Gewerkschaftsbeamten bringt diese ganz naturgemäß zu bürgerlichen Lebensanschauungen. Gegen diese Äußerung muß ich entschieden protestieren. Weiß P. nicht, wach ungeheure Arbeitslast und Ärger die Gewerkschaftsbeamten haben? Die Beamten leisten fortwährend ungeheure Arbeit für die Gesamtarbeiterschaft. Und da kommt ein zübelstüßiger Schriftsteller, der auf der einen Seite in die Partei hineinspringt und vielleicht auf der anderen Seite wieder herausfällt, und sagt derartige. Solche Schriftsteller haben kein Recht, uns mit diesen Formwörtern zu kommen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist gesagt worden, der Ton, in dem wir P. antworteten, sei nicht einwandfrei gewesen. Was haben wir denn getan? P. hat auf Grund der materialistischen Geschichtsauffassung „wissenschaftlich“ nachgewiesen, daß die Gewerkschaftsbeamten durch ihre Lebenshaltung zu bürgerlichen Ansichten kommen, und wir haben auf Grund der persönlichen Verhältnisse dem Genossen P. ebenfalls vom Standpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung aus nachgewiesen, daß die Aufassung des Genossen P. falsch ist. (Große Heiterkeit.) Einem solchen Verhalten gegenüber hört der gute Ton auf. (Sehr richtig!) Mit Seide näßt man keine groben Säcke. (Zustimmung.) Zum Schluß seiner Ausführungen präpariert Legien kurz die Stellung der Generalkommission zum Besuche des amerikanischen Gewerkschaftsführers Campers. Dieser sei als Präsident einer der größten Gewerkschaftsorganisationen der Welt gekommen und nicht als Parteimann. Und als Gewerkschaftsführer sei er behandelt worden. (Beifall.) Cohen (Metallarbeiter) beantragt namens der Revisoren Entlassung für den Kassier Rube.

Von den zu diesem Punkte vorliegenden Anträgen werden mehrere zurückgezogen, andere nicht genügend unterstützt (so die auf die Gewerkschaftsschule und die auf die Maifeier bezüglichen), diese scheiden also aus der Diskussion und der Beschlußfassung aus. In der Generaldebatte begründet zunächst Bildhauer Dupont (Berlin) einen Antrag seiner Gewerkschaft, der die Schaffung einer allgemeinen Kaffe wünscht, zu der sämtliche Zentralverbände nach ihrer Mitgliederzahl regelmäßige Beiträge leisten zwecks Unterstützung bei Streiks und Ausperrungen, die von den betreffenden Verbänden allein finanziell nicht durchgeführt

werden können. Angesichts der immer schwerer werdenden Kämpfe müsse man solche Einrichtungen wohl oder übel schaffen.

Zda Baar (Berlin) von den Hausangestellten begründet einen Antrag, wonach der Gewerkschafts-Kongress die Gewerkschafts-Partei auffordert, die junge Organisation der Hausangestellten moralisch und materiell nach Kräften zu unterstützen.

Kollege Cohen begründet folgenden Antrag der Verwaltungsteile Berlin und Götting des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes: „Bei Ausperrungen, deren Abwehr infolge ihres Umfangs nur mit außerordentlichen Mitteln möglich ist, ist von allen der Generalkommission angehörenden Verbänden ein der Mitgliederzahl entsprechender Beitrag zu erheben. Jedoch muß bei der Beitragsfestsetzung entsprechend der finanziell geringeren Leistungsfähigkeit der Arbeiterinnen ein Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Mitgliedern gemacht werden. Die Art der Aufbringung der Mittel bleibt den Gewerkschaften überlassen, darf aber keinesfalls durch Sammlungen über die eigene Mitgliedschaft hinaus gehen. Über die Notwendigkeit derartiger Aktionen entscheidet die Generalkommission in Verbindung mit den Hauptvorständen.“

Mit unserm Antrage — führt Kollege Cohen aus — meinen wir uns zugleich gegen den Antrag auf Schaffung eines Generalfonds, denn wir halten einen solchen Fonds für schädlich. Es ist aber notwendig, daß die Art der Sammlungen, wie sie der Gewerkschafts-Kongress 1901 in Köln beschlossen hat, etwas besser geregelt wird. Die Sammlungen sind immer noch recht planlos, und die Art des unregelmäßigen Eingehens der Gelder ist für die Unternehmern immer ein sehr schönes Barometer zur Beurteilung des Standes des Kampfes. Die Unternehmer wissen, daß zur Führung unserer Kämpfe Geld notwendig ist und daß wir, wenn uns das Geld auszugehen anfängt, auch daran denken müssen, den Kampf zu beendigen, und diesen Blick in unseren Geldbeutel müssen wir ihnen wehren, und das können wir durch unsern Antrag. Wir wollen dadurch aber auch noch weiter herbeiführen, daß die bei großen Kämpfen notwendigen Lasten etwas gleichmäßiger als bisher auf die Schultern aller gelegt werden. (Sehr richtig!) Gleichzeitig erreichen wir dadurch auch, daß der einzelne nicht zu viel Lasten zu tragen hat. Wir finden heute, daß eine Anzahl sich drückt, ja, daß auch eine Anzahl Organisationen sich drücken. (Sehr richtig!) Dadurch wird es den anderen schwerer, ihre Pflicht zu tun. Das soll beseitigt werden, indem die Lasten auf alle tragfähigen Schultern gleichmäßig gelegt werden. Wenn ein Umlageverfahren unserm Antrage entsprechend eingeführt wird, dann kann der Unternehmer unsere Finanzen nicht beurteilen. Wir haben zum Beispiel bei dem großen Kampfe in Schweden rund 100000 M pro Woche einbezogen. Das ergibt bei dem jetzigen Stande der Gewerkschaften, wenn wir nur zwei Millionen Mitglieder annehmen, von denen jeder 5 g pro Woche leistet, nach unserm Antrage auch 100000 M. Die Durchführung so großer Kämpfe wie der Kampf in Schweden und wie die Bauarbeiterausperrung muß doch wohl jedem organisierten Arbeiter 5 g pro Woche wert sein. (Sehr richtig!) Diese 5 g können unmöglich irgend jemandem zu schwer sein, und wenn der Kampf auch noch so lange dauert. (Sehr wahr!) Würden wir aber noch weitergehen und 10 g nehmen, wenn die Notwendigkeit und der Umfang des Kampfes das erfordert, dann würden wir bei 10 g Beitrag pro Mitglied 200000 M pro Woche bekommen, und wir wären dann in der Lage, das Doppelte an Unterstützung zu zahlen wie bei dem Kampf in Schweden. Der Blick in den Geldbeutel wäre den Unternehmern dann auch nicht mehr möglich, weil keine Unternehmerorganisation sich trauen würde zu sagen: diese 5 oder 10 g pro Woche sind die Arbeiter nur ganz kurze Zeit zu leisten in der Lage. Nein, diese 5 oder 10 g können sie leisten, auch wenn der Kampf ein halbes Jahr dauert. Wie sie die Mittel aufbringen wollen, schreibt unser Antrag den einzelnen Gewerkschaften nicht vor, wir wollen nur, daß sie nur so und so viel pro Woche zahlen. Ein Parteistatist ist es, daß die Gewerkschaften a conto der aufzubringenden Mittel aus ihren Beständen sofort das Geld geben können, so daß es möglich ist, sofort einzugreifen. Wir können also durch unsern Antrag eine ganze Reihe von Notwendigkeiten erfüllen, wirklich stichhaltige Argumente können nicht gegen sie vorgebracht werden. Warum wollen wir nun aber — so wird der eine oder andere fragen — keinen Generalfonds? Darum nicht, weil wir nicht das Streben der Gewerkschaften unterbinden wollen, was nötig ist, aus eigener Kraft zu tun. (Sehr richtig!) Es genügt, wenn der Kampf da ist, durch das Umlageverfahren die erforderlichen Gelder aufzubringen. Durch den Nachschub zu unserm Antrage ist ja auch eine ausreichende Garantie dafür gegeben, daß die Art der Aufbringung von Mitteln nur in wirklich notwendigen Fällen Platz greift. Wenn wir es der Generalkommission in Verbindung mit den Vorstandskonferenzen übertragen, die Fälle festzustellen, wo eine Aufbringung von Mitteln notwendig ist, dann haben wir auch eine ausreichende Garantie dafür, daß kein Mißbrauch getrieben wird. Der Beschluß von Köln bedarf auch deshalb einer Mobilisierung, weil eine Gewerkschaft, die sich um Unterstützung an die Generalkommission gewandt hatte, infolge verschiedener Umstände eine ungenügende Unterstützung bekommen hat, trotzdem sie auf Grund ihrer Tätigkeit und ihrer Haltung vollen Anspruch auf Unterstützung gehabt hätte. Wir können um eine Änderung des Beschlusses nicht gut herumkommen. Ich gebe freilich zu, daß der Gewerkschafts-Kongress sich nicht festlegen kann, wir sind auch damit zufrieden, wenn der Kongress sich im Prinzip mit unserm Antrage einverstanden erklärt, die Ausführung aber der Vorstandskonferenz überträgt, die dazu Stellung nimmt, nachdem die einzelnen Gewerkschaften Stellung genommen haben. So kann die Frage geregelt werden, ohne daß die Vertreter der einzelnen Organisationen konstitutionelle Bedenken dagegen haben. Unser Antrag entspricht einem vielfach vorhandenen Bedürfnis. Ich bin mir seiner einstimmigen Annahme sicher. (Große Heiterkeit.)

Was Legien über die Siphhusarbeit gesagt hat, hat mir ja gefallen; aber ich hätte es lieber gesehen, wenn er noch ausführlicher darüber gesprochen und nachgewiesen hätte, daß wenn es uns mit unserer positiven Arbeit nicht möglich gewesen wäre, mehr zu tun, als der die Lebenshaltung der Arbeiter verschlechternden Gesetzgebung entgegenzutreten, indem wir wenigstens eine Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiter verhindert haben, daß das allein schon etwas ist, das genügt, um für jeden wirklich organisierten Arbeiter die Gewerkschaftsarbeit als notwendig erkennen zu lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Was die Feldarbeiterzentrale betrifft, so haben auch wir über die Maßnahmen der Regierung zu klagen. Wir hatten erst in der letzten Zeit einen Fall, bei einem Schweizer betriebl. Der Mann hatte von seinem Unternehmer 500 M an Lohn zu fordern; der Unternehmer sagte ihm: wenn du etwas gegen mich unternimmst — du weißt, du bist Ausländer; ich kann gegen dich vorgehen. Ich habe ihm geraten, er solle unter allen Umständen bei 500 M forderern. Er tat das und ist der Ausweisung verfallen. (Hört! Hört!) Manchmal gelingt es uns allerdings, der Polizei ein Schnippen zu schlagen. So verlangte die Polizei von einem Eisenarbeiter, er solle in der Landwirtschaft oder in einem landwirtschaftlichen Nebenberuf sich Arbeit suchen, sonst dürfe er nicht länger in Preußen bleiben. Ich habe ihm Beschäftigung in einer landwirtschaftlichen Maschinenfabrik besorgt (Heiterkeit), der Mann lebt heute noch in Preußen. (Erneute Heiterkeit.) Was die Organisation unter den Frauen betrifft, so haben wir in Berlin über 8000 Arbeiterinnen der Organisation zugeführt ohne eine besoldete weibliche Hilfskraft. (Zuruf: Ist das auch ein Beweis?) Das genügt doch, um zu beweisen, daß man nicht Frauen angustellen braucht, weil sie Frauen sind. — Winnig (Hamburg), Raurer, bringt einen neuen Antrag zur Gewerkschaftsschule ein, der die genügende Unterstützung findet. Er wünscht, daß der Kongress eine Kommission wählt, die mit der Generalkommission zusammen über die weitere Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse zu beraten und zu beschließen hat. Die Kurse sollen in der Weise ausgestaltet werden, daß die Dauer der einzelnen Kurse verlängert, die Zahl der Teilnehmer dagegen vermindert wird. Diese Vorschläge sollen aber kein Mißtrauensvotum für die Generalkommission bedeuten, sondern nur den Zweck haben, Verbesserungen zu erzielen. Winnig gibt weiter seiner Freude darüber Ausdruck, daß Legien die Angriffe gegen den Lehrkörper der Gewerkschaften zurückgewiesen hat.

Eine Vereinigung der Partei- und Gewerkschaftsschule sei wohl ausgeschlossen.

Dittmer (Berlin) von den Gemeinbearbeitern hält eine engere Verbindung zwischen Partei- und Gewerkschaftsschule für sehr wohl möglich. Ob eine Kommission im Sinne Winnigs geschaffen werden solle, sei von mehr untergeordneter Bedeutung. Die Hauptsache sei, daß eine Gewähr für gründliche Durchbildung der Schüler geschaffen werde.

Loth (Berlin), Buchbinder, spricht seine Bedenken aus gegen einen Fonds, aus dem größere Kämpfe finanziert werden sollten. Was nütze alle Berechnung, wenn einmal 800000 Arbeiter ausgeperrt werden und in einer Woche 3 Millionen Mark benötigt werden? Leipart (Berlin), Holzarbeiter, erklärt, man könne mit der Tätigkeit der Generalkommission zufrieden sein und den Beamten für ihre Mithewaltung Anerkennung aussprechen. Es sei nur zu billigen, daß die Generalkommission sich gegen Übergriffe parteigenösslicher Schriftsteller gewandt habe. Wir (die Holzarbeiter) haben unsere Gewerkschaftsschüler veranlaßt, über ihre Eindrücke von der Gewerkschaftsschule zu berichten. Sie sind fast einstimmig der Auffassung, daß gerade die angegriffenen Lehrkräfte zu den besten gehören. Nur sei der Stoff zu reichhaltig und könne oft nur mit großer Anstrengung erlernt werden. Zur Frage des Streifonds müsse er, Redner, erklären, daß sie der Gründung eines solchen nicht zustimmen könnten. Er habe auch erhebliche Bedenken gegen den Antrag der Metallarbeiter.

Girbig, Glasarbeiter, beklammert eine Regelung der Unterstützungsfälle im Sinne des Antrages der Metallarbeiter.

Stähler (Berlin), Schneider, tritt ebenfalls für den Antrag der Metallarbeiter ein. Seine Organisation habe erfahren, was es bedeute, einen Kampf wegen Mangel an Mitteln beenden zu müssen. Solidarität um Solidarität muß geübt werden! Ein solcher Standpunkt wird seinen Eindruck auf die Unternehmer nicht verfehlen. — Im Schlußwort spricht Legien seine Freude aus, daß die Tätigkeit der Generalkommission allgemein Zustimmung gefunden hat. Die Streifondsfrage lasse sich in einem so großen Personenkreis schwer lösen. Es sei daher gut, die Behandlung der Frage den Vorständen zu überlassen. In dem Antrag Winnig erblickt Redner ein Mißtrauensvotum für die Generalkommission und bittet um seine Ablehnung.

Bei den Abstimmungen wird zunächst die Generalkommission entlassen. Der Antrag Winnig wird abgelehnt. Einstimmige Annahme findet der Antrag Baar. Die Anträge der Bildhauer und Metallarbeiter bezüglich der Schaffung eines Streifonds werden der Vorstandskonferenz überwiesen.

Es folgt die Verhandlung über die Vereinbarungen der Generalkommission mit dem Zentralverband der Konsumvereine. Diese betreffen:

1. Die Behandlung der Heimarbeit.
2. Die Behandlung der Strafanstaltszeugnisse.
3. Die Anerkennung der Gewerkschaften, deren Tarife und gewerkschaftsähnlichen Arbeitsbedingungen bei Lieferungs-aufträgen und Vergebung von Arbeiten.
4. Die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder.
5. Die Errichtung von industriellen Arbeitsgenossenschaften.

Darüber referiert der zweite Vorsitzende der Generalkommission, Genosse Bauer. Der Genossenschaftstag und die Zentralvorstände haben diesen Vereinbarungen bereits zugestimmt. Bauer betont, Voraussetzung für die wirksame Ausführung dieser Vereinbarungen sei allerdings eine bedeutende Stärkung der Konsumgenossenschaftlichen Organisation, damit durch Eigenproduktion deren Einfluß vermehrt werden könne. Redner macht zu den einzelnen Punkten längere Ausführungen und bittet zum Schluß um möglichst einstimmige Annahme der zu den fünf Punkten gestellten Resolutionen, damit das Zusammenarbeiten zwischen den beiden großen Organisationen immer enger werde. Die Folge werde eine weitere Stärkung der Position der gewerkschaftlichen Arbeiter sein.

Die erste und zweite Resolution werden einstimmig angenommen. Bei Resolution 3 bittet Pensef, Fleischer, dem Text eine etwas schärfere Fassung zu geben. Er zieht den Antrag aber zurück, nachdem v. Elm (Hamburg) ihn darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Abänderung an sich bedeutungslos sei und es sich andererseits nicht empfehle, an einer Vereinbarung zwischen Generalkommission und Zentralverband ohne Not zu ändern. Resolution 3 wird angenommen und ebenso Resolution 4, nachdem in der Diskussion Pensef die Verwaltungen der Konsumvereine noch erludt hatte, den Bogen gegen ihre Angestellten nicht zu schärf zu spannen.

Bei Resolution 5 beantragt Pensef einen Zusatz, wonach den Vorständen der in Frage kommenden Gewerkschaften zur Feststellung der Lieferanten an Konsumvereine ein Lieferantenverzeichnis auszuhandigen ist. Es ist bei Boykotts vorgekommen, daß erst im letzten Augenblicke bekannt wurde, daß die vom Boykott getroffenen Lieferanten zugleich Lieferanten von Konsumvereinen waren. Das Amendement wird, nachdem Breg, Fabrikarbeiter, es unterstützt, auf Vorschlag von Bauer der Generalkommission zur weiteren Verhandlung mit dem Zentralverband überwiesen und die Resolution 5 dann angenommen.

Bei Resolution 6 (Produktionsgenossenschaften) wünscht Schneider (Erfurt) vom Fabrikarbeiterverband, daß die Organisationen, solange sie nicht selbst zur Eigenproduktion des Papiers übergehen können, unbedingt darauf sehen, das Papier nur von solchen Unternehmen zu kaufen, in denen den Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt wird.

Haupt (Magdeburg): In der Resolution wird nur die Druckerei der Genossenschaften als die einzige in Betracht kommende erwähnt. Die Parteidruckereien, die so viel für ihr Personal tun, müssen mindestens ebenso berücksichtigt werden. Wenn die Partei gut genug ist, für die Genossenschaften zu arbeiten, so müssen auch ihre Druckereien ebenso in Frage kommen, wie die der Genossenschaften. (Wiesfaches Sehr richtig!)

Bauer (Generalkommission): Die Resolution bezieht sich nur auf Genossenschaften zur Organisation des Konsums, es kann also gar nicht davon gesprochen werden, daß für die gesamte Arbeiter-schaft die Parteidruckereien als minder berücksichtigungs-wert hingestellt werden. Das aber die Konsumgenossenschaften ihre eigene Druckerei berücksichtigen, ist eine Forderung genossenschaftlicher Treue. Wir erkennen mit der Resolution nur das Recht an, daß die Genossenschaften Eigenproduktion treiben.

Auch dieser Punkt der Vereinbarungen (Resolution 6) wird angenommen.

Es tritt hierauf Schluß der Sitzung ein.

Dresden, 27. Juni 1911.

Am zweiten Verhandlungstag wurden zunächst die sämtlichen vorliegenden Mandate auf Antrag der Mandatprüfungskommission für gültig erklärt. Es folgt darauf der Punkt: „Die Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unterstützungs-kasse“, worüber Bauer (Berlin) referiert. Er betont einleitend, daß das Bestreben, sich gegen Notfälle und Krankheit zu schützen, von jeher in der Menschheit lebendig war. Selbst im Mittelalter schuf man derartige Einrichtungen. In der Mitte des vorigen Jahrhunderts wurde eine ganze Reihe größerer Versicherungsgesellschaften gegründet und mit der industriellen Entwicklung nahmen diese Gesellschaften einen gewaltigen Umfang, was Redner an der Hand eines reichen Zahlenmaterials nachweist. Welche enorme Überschüsse die Volksversicherungsgesellschaften haben, zeigt die Tatsache, daß 10 dieser Versicherungen im Jahre 1909 eine Einnahme an Prämien und Policengebühren von 86404506 M (mit Zinsen u. s. w. 114 Millionen Mark), aber nur 25406815 M für Versicherungen ausbezahlten. Die Verwaltungskosten betragen 28788000 M und der direkte Überschuß über 17 Millionen Mark. Die Abrechnungen der Victoria, deren Vermögen sich in wenigen Jahren ganz gewaltig steigerte, zeigt im besonderen Maße, welche enormen Gewinne diese Gesellschaften erzielen, wie lohnend das Versicherungswesen ist. Diese fabelhaften Gewinne können nur erzielt werden durch eine ungeheure Benachteiligung des Publikums. Im Jahre 1909 kamen allein Versicherungen für 147 Millionen Mark in Verfall! Durch diese Art der Volksversicherung wird eine ungeheure Schädigung der Minderbemittelten herbeigeführt. Es ist nun

die Frage aufgeworfen worden, ob die Gewerkschaften dieser Ausplünderung der Massen ruhig zusehen sollen. Die Gewerkschaften stellen einen großen Teil dieser Versicherten. Sollen wir da nun weiter Gerecht bei Fuß stehen? Nein, es ist nicht anständig, daß die Gewerkschaften, die Genossenschaften diese Ausbeutung ruhig weiter mit ansehen. Durch theoretische Aufklärung wird dieser Versicherten kein Abbruch getan, wir müssen praktisch wirken. Bei einer Bepflichtung mit den Leitern der Genossenschaften waren alle darin einig, daß hier eingegriffen werden muß. Das Ergebnis dieser gemeinsamen Beratung wurde den Zentralvorständen vorgelegt und diese setzte eine Kommission ein, die die Grundlagen für die Schaffung einer Volksversicherung ausarbeiten soll. Diese Kommission steht auf dem Standpunkt, daß wenn wir diese Rasse schaffen, dies nur auf der Grundlage geschehen kann, daß kein Pfennig der einbehaltenen Beiträge für die Versicherten verloren gehen kann. Es soll keine Aktiengesellschaft u. s. w. gegründet werden, sondern eine lose Unterstützungseinrichtung, von der die Gewerkschaften und Genossenschaften die Träger sind. Jedes Mitglied einer Gewerkschaft oder Genossenschaft ist berechtigt, sich in dieser Rasse zu versichern und erhält dann Unterstützung, ohne daß hierfür ein Rechtsanspruch eingeräumt wird. Die Unterstützung soll gewährt werden in Fällen des Todes, des Alters, der Kinderversicherung. Die Kommission steht auf dem Standpunkt, wenn die Durchführung ohne Rechtsanspruch unmöglich gemacht werden soll, dann auf andern Wege die Versicherung durchzuführen. Die eigentliche Verwaltung der Versicherung überlassen wir den Genossenschaften, weil die Gewerkschaften zu sehr mit ihren Arbeiten zu tun haben. Die Gewerkschaften sollen aber den Werbeapparat stellen. Dadurch werden die Kosten ganz erheblich herabgedrückt werden. Es wird keine Provision bezahlt werden. Prinzipielle Bedenken bitte ich fallen zu lassen. Die Erfahrungen haben uns gezeigt, daß Unterstützungseinrichtungen kein Heilmittel der Organisation sind, sondern der Koll, der die Mitglieder hält. Die Gewerkschaften sind durch die Einführung der Unterstützung kampffähiger geworden. Die Versicherung soll aber nicht Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck sein. Die Bedenken müssen gegenüber den ungeheuren Vorteilen, die den Gewerkschaftsmitgliedern durch die Einführung der Versicherung geboten werden. Durch die Gesetzgebung ist kein weiterer Schutz für die Versicherten zu erwarten. Wir müssen den Weg der Selbsthilfe beschreiten und dies kann nur in der von uns in Vorschlag gebrachten Weise geschehen. Ich bitte Sie, folgender Resolution zuzustimmen:

Die Generalkommission wird beauftragt, gemeinsam mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine eine gewerkschaftlich-genossenschaftliche Unterstützungs-Vereinigung ins Leben zu rufen. Aufgabe der Vereinigung soll sein, den Mitgliedern der Gewerkschaften und Genossenschaften, die freiwillig Beiträge leisten, und deren Familienangehörigen Unterstützung in Fällen des Todes, des Alters, der Kinderversicherung u. s. w. zu gewähren.

Die zur Durchführung dieses Auftrags mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine zu treffenden Vereinbarungen und das Statut der Unterstützungsvereinigung bedürfen der Genehmigung der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Mit der Zustimmung zu dieser Resolution soll nur erklärt werden, daß Sie grundsätzlich für Schaffung der Versicherung sind. Mit dieser Versicherung werden wir unseren Mitgliedern Millionen ersparen, wir werden wirtschaftliche Macht in unsere Hände bekommen. Wir kommen in Besitz von Hunderten Millionen Mark, die im Interesse der Arbeiterschaft, im Interesse unserer Mitglieder verwandt werden können. (Beifall)

In der Debatte begründet zunächst Oesterroth (Bergarbeiter) einen Zusatzantrag zu der Resolution des Referenten, der wünscht, daß die Versicherung auch auf Unfälle ausgedehnt wird.

Brücker (Buchbinder) erklärt, die zu gründende Versicherung entspreche einem tiefgefühlten Bedürfnis. Er wünscht, daß auch die Krankenversicherung mit einbezogen wird. Unter den Schwindelfassen hätten auch sehr viele organisierte Arbeiter zu leiden.

Umbreit (Berlin): Bei Einführung der Krankenversicherung würden wir mit den Gewerkschaften, die die Krankenversicherung haben, ins Gehege kommen. Ebenso berechtigt, wie die Unfälle einzubeziehen, wäre die Ausdehnung auf die Invalidenversicherung. Ich bitte Sie, alle derartigen Wünsche der Generalkommission zur Erwägung zu überweisen. Die Wünsche sind berechtigt; es ist aber nicht gleich alles am ersten Tage zu machen.

Kauffman (Vertreter des Zentralverbandes der Konsumvereine): Der Genossenschaftsleiter in Leipzig hat Vorschlag und Aufsicht beauftragt, Mittel und Wege zu finden, um den Auswüchsen des Volksversicherungswesens entgegenzutreten. Ich möchte ebenso wie Umbreit bitten, das Schicksal nicht von vornherein allgütiger zu belassen. Hier zeigt sich der Meister in der Beschränkung. Wir müssen an einem Punkt anfangen und dann nach und nach weiterbauen.

Robert Schmidt (Berlin): Bisher ist über diese Materie in der Öffentlichkeit sehr wenig diskutiert worden. Auf dem Gebiet der Versicherungsvereine kann dem Arbeiter noch ungeheuer viel geholt werden, wenn er dieses selbst in die Hand nimmt. Wir werden nicht allzu hohe Unterstützungssätze bieten können. Was wir vor allen Dingen tun können, ist: die reelle Grundlage der Einrichtung, daß nicht so viele Versicherungsbeiträge nutzlos verfallen. Es wäre eine sehr dankenswerte Aufgabe der Arbeiterschaft, wenn sie das erste, was die praktische Versicherung außer acht gelassen hat. Bezüglich der Krankenversicherung möchte ich sagen, die freien Hilfskassen sollten sich zu einer großen Zentralkasse zusammenschließen. Wir müssen mit unserer Versicherung langsam und vorsichtig anfangen. (Zustimmung.)

Bei der Abstimmung wird der Zusatz, der von Oesterroth begründet wurde, der Generalkommission überwiegen und die Resolution damit einstimmig angenommen.

Es ist uns leider nicht möglich, über die weiteren Punkte so detailliert zu berichten, wie über den ersten und zweiten, wir müssen uns auf summarische Mitteilungen beschränken.

Der nächste Punkt der zur Verhandlung kam, war Heimarbeiterschutz und Hausarbeiterschutz, worüber Reichmann (Koblenz) referierte. Er schilderte das Heimarbeitersleben in allen seinen widerlichen Erscheinungen. Nicht durch Wohlthätigkeit kann hier Besserung und Abhilfe geschaffen werden, sondern nur durch gesetzliche Maßnahmen. Die Arbeiter müssen durch Zusammenschluß in mächtigen Organisationen Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen suchen und gleichzeitig tätig werden, sich mit dem Unternehmertum in ersten Rängen zu messen. — Der Referent legte dem Kongress folgende Resolution vor:

Der Kongress der Gewerkschaften Deutschlands macht sich die Befehle zu eigen, die in der Resolution des ersten in Berlin 1904 abgehaltenen Allgemeinen Gewerkschaftskongresses niedergelegt sind und bekennt seine Überzeugung mit der Resolution des Deutschen Heimarbeitertages vom 12. Januar 1911.

Der Kongress bedauert die Verzögerung in der Verwirklichung des Hausarbeiterschutzgesetzes im Reichstag; er hält es für dringend geboten, daß dem Gesetzgeber und den Beschläßen der Kommission des Reichstages entsprechende, dem Verlangen der Heimarbeiter gerecht werdende Änderungen eingebracht werden.

Es wird dringend empfohlen, daß die Bestimmungen des Gesetzes, die den Erwerb von Schutzpapieren in das Gebiet der verschiedenen Behörden stellt. Die Folge dieser Verordnung wird sein, daß unter dem Einfluß der Unternehmer, die doch nur des höheren Preises wegen die elenden Schutzpapiere der Gewerkschaften erhalten wollen, jeder Betrieb in jeder Beziehung, gegen überstandene, dem Widerstand dieser Interessen unterliegen wird.

Die landwirtschaftlichen Schutzpapiere sowie die Bestimmungen des Arbeiterschutzgesetzes bedürfen einer allgemein gültigen gesetzlichen Regelung, die nur unterbrochen werden kann durch weitestgehende Beschränkungen für die Betriebe, die besondere Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter bieten. Für die Aufnahme und Gewährung von Schutzpapieren muß das gleiche Recht der Heimarbeit gesichert werden.

Bei allen darf die Regelung der Lohnfrage im Gesetz nicht fehlen. Dazu gehört:

1. Die Aushängung der Lohnsätze in den Räumen, wo Heimarbeit ausgeübt wird.
2. Die Verabreichung von Lohnbüchern oder Lohnzetteln bei Übergabe der Arbeit mit genauer Angabe der Löhne und der Abzüge.
3. Verbot der Anrechnung der gelieferten Rohstoffe oder Materialien, Errichtung von paritätisch zusammengesetzten Lohnkommissionen mit der Befugnis, für die Betriebe, die nicht durch umfassende Tarifverträge die Regelung der Löhne herbeigeführt haben, allgemein gültige Minimumlöhne festzusetzen.

Auf das entschiedenste protestiert der Kongress gegen die Zurücksetzung der Heimarbeiter in der Reichsversicherungsordnung, insbesondere gegen die rechtlose Stellung in den Landrentenkassen und die Ausschaltung der Heimarbeiter in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Der Kongress wendet sich an die Heimarbeiter mit der dringenden Aufforderung, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, damit sie imstande sind, im Anschluß an die übrige Arbeiterschaft ihre wirtschaftlichen Interessen mit den Kampfsmitteln der Gewerkschaft durchzusetzen und der Gesetzgebung gegenüber mit mehr Nachdruck ihre berechtigten Forderungen zur Anerkennung zu bringen.

In der Diskussion wurden von mehreren Rednern grauenvolle Zustände in der Hausindustrie berichtet. In seinem Schlußwort stellte der Referent die Einmütigkeit der Redner in der Beurteilung des Heimarbeiters fest. Es wurde darauf die von ihm vorgelegte Resolution und folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Der organisierte Arbeiter macht es der Kongress zur Pflicht, die Bestrebungen zum Organisieren der Heimarbeiter nach besten Kräften zu unterstützen und vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß ihre gewerblich tätigen weiblichen Familienangehörigen sich ihren Berufsorganisationen anschließen.“

Hierauf erstattete Robert Schmidt ein zweistündiges vorläufiges Referat über „Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung“. Die Grundgedanken seiner Rede waren: Die soziale Gesetzgebung steht im engsten Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Redner gibt dann ein Bild dieser Entwicklung und deren möglichen Gestaltung in der Zukunft. Das gegenwärtige Jahrhundert sei das Jahrhundert der Elektricität und eröffne ungeheure Perspektiven. Welche Stellung nehme nun die Arbeit in dieser großen Entwicklung ein? Welchen Anteil haben die Arbeiter? Werden die Arbeiter zu ihrem Rechte kommen, eine Erleichterung finden auf allen Gebieten, der Hygiene, in der Leistung, die der einzelne zu vollbringen hat? Die Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung ist, immer mehr das Kapital zu konzentrieren. Redner weist auf Grund der Ergebnisse der Berufszählungen von 1895 und 1907 den Aufstieg der Großindustrie nach. In der Landwirtschaft ist eine Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte um 90 Prozent zu verzeichnen, die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte stieg von 1588000 auf 2178000. In der weiblichen Arbeitskräfte stieg von 1588000 auf 2178000. In der weiblichen Arbeitskräfte stieg von 1588000 auf 2178000. In der weiblichen Arbeitskräfte stieg von 1588000 auf 2178000.

Der Zentralverband der Industriellen sagen wird, wir müssen mit euch Tarife abschließen, wir können so nicht mehr weiter. Aufgabe der Regierung wäre es, die wirtschaftlich Schwachen zu schützen und zu stärken. Mit der Preissteigerung, für die notwendigen Lebensmittel steigt auch die Bedrängnis der Arbeiter bei Arbeitslosigkeit. Darum ist ein weiterer Ausbau der Arbeitslosenversicherung nötig und nicht Abwälzung der Kosten auf die Arbeiter; alle Steuerzahler sollen hierzu beitragen. Aufgabe der Arbeiter bleibt, Betätigung auf dem Gebiete, das sie befehligt, auch als Konsument dem Gebiete der Preissteigerung zu entziehen, durch Eintritt in die Konsumvereine. Diese werden auch immer mehr bekämpft. Mit der Befreiung der Konsumvereine wird nur bezweckt, die Konsumvereine zu schwächen. Die soziale Gesetzgebung soll sich in den Dienst des wirtschaftlich Schwachen stellen, die Arbeiterversicherung soll die Kunden, die die Industrie den Arbeitern beibringt hat, heilen und Milderung den Kranken und Schwachen bieten. Nun haben wir eben den tragischen Abschluß einer Gesetzgebung vor uns, die diesen Aufgaben hätte entsprechen sollen. Da wurde aber gesagt, die Industrie ist nicht in der Lage, weitere Lasten zu tragen. Die Reichsversicherungsordnung bringt neue Entlastungen der Arbeiter. Die Arbeiterversicherung ist nicht zu beurteilen nach den gesamten Mitteln, die angewandt werden, sondern wir müssen fragen, was bei den einzelnen Zweigen geboten wird und ob die Versicherung allgemein eine Stütze der Arbeiter ist. Es wäre töricht, wenn wir nicht den Wert der Arbeiterversicherung anerkennen wollten, wir wollen aber eine Ausgestaltung, die über das Minimum hinausgeht, das die Arbeiterversicherung heute bietet. Die Reichsversicherungsordnung bringt aber große Verschlechterungen für die Arbeiter. Redner streift die einzelnen Zweige der Reichsversicherungsordnung und hebt dabei die geschaffenen Nachteile für die Arbeiterschaft hervor. (In der vom Referenten vorgelegten Resolution sind diese näher bezeichnet.) Die Arbeitervertreter des Reichstages hätten sich mit uns gegen diese Verschlechterungen wehren müssen. Das Zentrum hätte nachgeben müssen, denn es kann ohne die christlichen Arbeiter nicht bestehen. Diese Verschlechterungen werden doppelt ungünstig, nachdem bereits die Abschaffung des Reichsversicherungsamtes die gegenwärtigen Bestimmungen der Arbeiterversicherungsgeetze so sehr zuungunsten der Arbeiter ausgedehnt hat. Wir konnten unmöglich diesem Gesetz zustimmen und damit breite Arbeiterkreise so behandeln, wie sie von den „christlichen“ Arbeitervertretern behandelt worden sind. Die Sozialpolitik ist ein Hebel zum Aufstieg der Arbeiterklasse. Wenn sie nach unseren Wünschen ausgestaltet ist, wird sie uns Erfüllung geben in unserem Leben. (Beifall)

Die Resolution, die der Referent zur Annahme empfahl, hat folgenden Wortlaut:

Die Arbeitergesetzgebung hat in allen von der kapitalistischen Produktionsweise beherrschten Staaten mit einem zähen Widerstand großer Interessengruppen der organisierten und kartellierten Unternehmern zu rechnen. Das organisierte Unternehmertum ist stets bestrebt gewesen, den Einfluß der Arbeiterschaft auf die Gesetzgebung auszuhebeln, und die Schwächeren in diesem Streit haben wiederholt die Unterstützung der Arbeiterbewegung durch Ausnahmsgesetze und drakonische Polizeimaßnahmen geordert.

Wenn der Sozialpolitik trotzdem nicht gänzlich Gehalt geboten werden konnte, so ist dies dem regen Eifer zu verdanken, mit dem die Arbeiterbewegung die Schäden der kapitalistischen Produktionsweise darlegte und im Hinweis auf ein schwereres Anlagematerial den Kampf für Leben und Gesundheit der Arbeiter forderte.

Die Gewerkschaftsbewegung ist bemüht, den Kampf gegen diese politische und wirtschaftlich reaktionäre Tendenz zu führen, sie wird diesen unheilvollen Einfluß nur so mehr zurückdrängen können, je mehr die Arbeiterschaft in der Organisation zum Ausdruck bringt, daß sie die ihr drohenden Gefahren erkannt hat und gewonnen ist, die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung zu erringen.

Der Gewerkschaftskongress kann in der letzten im Reichstag verabschiedeten Reichsversicherungsordnung keine den Anforderungen der Arbeiter entsprechende Reform der Arbeiterversicherung erkennen.

Der Kongress verurteilt auf das entschiedenste die Beeinträchtigung der Rechte der Arbeiter in der Krankenversicherung, das Weiterbestehen der Betriebe, Zuzugs- und Sonderrenten, die ungenügende Fortzüge für die Landarbeiter, die Beschneidung der Invaliden, die vollständige Ausschaltung der Selbstverwaltung in den Landrentenkassen, das Fehlen einer Arbeiterkassenversicherung, die Begrenzung der Versicherungspflicht für Privatrentenstellen, die ungenügende Entschädigung bei Betriebsunfällen, das Ausschließen zahlreicher Arbeiter aus der Unfallversicherung, die Verschlechterung des Verfahrens, die weiteren Invaliden- und Altersrenten, die Verzögerung der Altersrenten bei Vollendung des 66. Lebensjahres, den Ausschluss der Heimarbeiter aus der Invalidenversicherung und das Herabsetzen der Witwen- und Hinterbliebenen auf gänzlich unzulängliche Beträge.

Der dem Reichstag unterbreitete Entwurf eines Gesetzes betreffend die Versicherung der Privatangestellten bringt abermals eine Zersplitterung in der Arbeiterversicherung, die nicht zum Vorteil der Versicherten dienen kann. Die Begünstigung der Berufspensionisten ist ein großer Mangel des Gesetzes, nicht minder die unbedeutenden Leistungen, verbunden mit sehr langen Karenzzeiten.

Der Kongress behauptet, daß die sozialpolitischen Gesetze, die dem Reichstag vorlagen, nicht mehr zur Verabschiedung gelangten. Die Regelung der Heimarbeit entspricht nicht einem unabwiesbaren Bedürfnis, eine umfassende Änderung der Gewerbeordnung erscheint geradezu unausschießbar und eine Erleichterung des Arbeitsamtergesetzes in einer den Ansprüchen der Arbeiter gerecht werdender Fassung ist dringend geboten.

Der Kongress erachtet den Einwand aus Unternehmerkreisen, die Industrie werde bei weiteren Ansprüchen auf dem Gebiete der Sozialpolitik ihre Konkurrenzfähigkeit einbüßen, als unbegründet.

Die finanzielle Belastung durch die Arbeiterversicherung ist, auf den Preis des Produkts berechnet, gering und wird weit überholt durch die höheren Löhne in den Staaten, die als hauptsächlichste Konkurrenten für die deutsche Industrie in Betracht kommen; abgesehen davon, daß die Arbeiterversicherung im Ausland immer mehr Eingang gefunden hat und damit der ausländischen Industrie ähnliche Verpflichtungen auferlegt werden.

Eine Begrenzung der Ausbeutung der Arbeitskraft durch die Einführung eines Maximalarbeitstags, Verbot der Kinderarbeit, Schutz der Arbeiterinnen kann die Leistungsfähigkeit einer Industrie nicht herabdrücken, sondern gibt ihr leistungsfähige, intelligente Arbeitskräfte.

Die Arbeiterbewegung, die sich der Erfüllung ernster sozialpolitischer Aufgaben widmet, ist mithin ein bedeutames Mittel für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse.

In der Debatte begründet Frau Thiede (Buchdruckereihilfsarbeiter) eine Resolution ihrer Organisation, die die Gewährung gleicher Rechte für beide Geschlechter verlangt. Es sprechen Johann Faust für die landwirtschaftlichen Arbeiter, die jedes Schutzes entbehren, und Haupt (Fabrikarbeiter). Die Diskussion wurde darauf abgebrochen und am dritten Tage fortgesetzt.

Giebel (Bureauangestellter) begründet folgende Resolution:

„Die Reichsversicherungsordnung hat die Vertretung der Arbeiterinteressen in den Institutionen der sozialen Versicherung, statt sie zu erleichtern, ganz bedeutend geschwächt und erschwert. Der größere Einfluß der Behörden, die erweiterten Rechte der Unternehmer bedrohen die Fortentwicklung der Versicherungsleistungen. Die Vertreterwahlen zur Arbeiterversicherung sind damit für die Versicherten von größerer Bedeutung denn je. Die Einführung der Verhältniswahl zu den Krankenkassen verpflichtet die Arbeiter außerdem, durch eine möglichst starke Wahlbeteiligung für ihre zielbewusste Vertretung zu sorgen. Denn von der sozialpolitischen Tätigkeit und Energie der Vertreter hängt es ab, daß die Rechte und sozialen Interessen der Versicherten in der Praxis der Arbeiterversicherung nicht noch weiter verunstaltet und hinter das Unternehmerinteresse zurückgedrängt werden.“

Der achte Deutsche Gewerkschaftskongress lenkt deshalb die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften, insbesondere der Gewerkschaftskartelle, auf die Wahlen zu den Versicherungsträgern, vor allem den Krankenkassen, hin; er betont, daß die Organisationen ständige Fühlung mit den Versichertenvertretern unterhalten müssen.

Nachdem noch fünf Redner gesprochen hatten, fanden nach einem Schlußwort von Schmidt die beiden Resolutionen einstimmige Annahme.

Dresden, 1. Juli 1911.

Aber die weiteren Verhandlungen werden wir in nächster Nummer berichten. Aber unsern weiteren Bericht vorgehend, teilen wir heute noch die Schlußrede des Vorsitzenden, Kollegen Schlögl, mit:

„Genossen und Genossinnen! Vor uns liegt heute eine Jubelnummer des Kupferknechts. Ich glaube im Namen des Kongresses zu handeln, wenn ich unsern kleinen Bruder, dem Kupferknecht (Heiterkeit), die herzlichsten Glückwünsche des Kongresses übermittle und den Wunsch ausspreche, daß es ihm gelingen möge, durch Organisierung der Arbeiter seines Berufs dazu beizutragen, die Gewerkschaftsarmee Deutschlands zu stärken. Weiterer Dank gebührt dem Lokalkomitee für seine Arbeiten vor und während des Kongresses. Wohl mancher Delegierte mag Unmut darüber empfunden haben, daß er am Ziele seiner Reise hierher die Wohnungsfrage unpreiwillig studieren konnte. (Heiterkeit.) Über dieser Unmut darf sich nicht gegen das Lokalkomitee richten, sondern gegen die Verhältnisse. Heute am Schlußtage haben wir es nicht zu beklagen, daß der Kongress gerade am Ausstellungsorte, in Dresden, abgehalten wurde. (Bravo!) Wir danken der Arbeiterschaft Dresdens für ihre Veranlassungen, für ihre warme Aufnahme und den Empfang, den sie uns bereitet hat. Wenn irgendwo bewiesen worden ist, daß die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung ein Stück Kulturarbeit leistet, so hat es die Arbeiterschaft Dresdens bewiesen. (Beifall.) Der Kongress war ein berechtigtes Zeugnis dafür, und wir bedauern nur, daß nicht noch mehr Arbeiter von Dresden und Umgebung an dem Kongress teilnehmen konnten. (Sehr richtig!) Unser Dank gebührt aber auch der Arbeiterschaft über Dresdens Grenzen hinaus. Ich erinnere an das Arrangement des Ausflugs in die Sächsische Schweiz. Das Martfest legte uns Süddeutschen den Gedanken nahe, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Mainlinie etwas weiter nordwärts zu verschieben. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.) Die Veranlassungen, die unsere Genossen da getroffen hatten, die Beleuchtung der Elbufer, wird-lange in unserm Gedächtnis bleiben, und die Aufnahme, die uns die Arbeitervereine der Elbuferstädte bereitet haben, legt Zeugnis dafür ab, mit welchem Vertrauen die Arbeiterschaft dieser Gegend ihren gewerkschaftlichen Vertretern entgegenkommt. Das war eine Demonstration, die aller Welt gezeigt hat, daß Massen und Führer eins sind. (Stürmischer, anhaltender Beifall und Handklatschen.)

Wohl alle von uns haben die Ausstellung besucht und wir können nicht bestreiten, daß sie instruktiv ist, aber wir vermessen an dieser Ausstellung die Erklärung des Gebotenen und die Hinweise darauf, was notwendig ist, um die Ursachen und Folgeerscheinungen des Ausgestellten zu beseitigen. (Sehr richtig!) Das, was wir auf der Ausstellung nicht zum Ausdruck bringen konnten, haben wir hier reichlich nachgeholt. In würdiger und sachlicher Form hat der Kongress darauf hingewiesen, welche Schritte notwendig sind, um die gesundheitlichen Gefahren für das gesamte Volk einzuschränken oder soweit möglich ganz zu beseitigen. Mit der Hygiene stand unsere Tagesordnung in bedeutend engerem Zusammenhang als manche Veranstaltung auch der Hygieneausstellung selbst. (Heitere Zustimmung.) Ich möchte betonen, daß wir in gedrängter Kürze kein Wort zu wenig, aber auch kein zu viel über all diese Angelegenheiten gesprochen haben. Wir haben aber auch darüber sprechen müssen, daß nicht nur unser natürlicher Gegner, das Unternehmertum, sondern auch der angebliche Sachwalter aller Staatsbürger unseren Forderungen nicht nur nicht willfährig, sondern feindselig gegenübersteht. Wir haben uns bei unserer Arbeit auf das Nötigste, auf das Nötigste beschränkt. Es war schon von jeher Unus, nicht nur in den deutschen Gewerkschaften seine Meinung durch Resolutionen zum Ausdruck zu bringen. Der Gehalt der Resolutionen dieses Kongresses ist aber nicht zu bestreiten in Anbetracht des Umstandes, daß sämtliche Referenten und Redner ihrer Überzeugung dahin Ausdruck gaben, daß wir selbst es sein müssen, daß die organisierte Arbeiterschaft selbst durch ihre Tätigkeit dafür sorgen muß, daß die Gesetzgebung zur Besserung der Verhältnisse voranschreitet. Wir wissen genau, welchen Eindruck unsere Beschlüsse auf die Regierenden machen können. Regien hat es uns in seiner Gesinnung gezeigt. Wir wissen aber auch, daß hinter unseren Beschlüssen die Massen stehen, und daß wir im Sinne dieser Beschlüsse weiterarbeiten werden.

Es ist ein Verdienst des Kongresses, die Gedanken der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht nur durch Worte, sondern durch Handlungen zum Ausdruck gebracht zu haben. (Zustimmung.) Wenn wir die Arbeit des Kongresses überblicken, können wir sagen, dieser Kongress gehört zu den besten, die wir erlebt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Allerdings haben wir keine Streikfragen gehabt, sondern nur Fragen, die ziemlich klar zutage liegen und über die Unstimmigkeiten kaum

entstehen können. Aber wir haben zum mindesten vor aller Welt dokumentiert, daß wir unsere Aufgabe darin erblicken, nicht nur den Schutz unserer eigenen Mitglieder zu fordern, nicht nur darin dagegen zu protestieren, daß dieser Schutz ungenügend ist und daß die ganze Sozialreform ungenügend ist, sondern auch dagegen, daß die herrschenden Klassen den Geist der Sozialreform verkümmern lassen. Wir haben dagegen protestiert, daß man uns sogar bei unseren Bildungsbestrebungen Steine in den Weg legt und uns nach den Schulgesetzen behandeln will, und wir haben leider eingedenk sein müssen, daß es gerade der größte Bundesstaat Deutschlands ist, der ja angeblich seiner preussischen Eigenart gemäß in der Welt vorangeht und der auch auf dem Gebiete der Erdoberflächung der Arbeiterbestrebungen in der Welt voranschreitet. (Sehr wahr!) Wir wissen, wo unsere Feinde stehen (Verbäufte Zustimmung) und ich glaube, im Sinne des Kongresses erklären zu können, daß wir vollständig erkannt haben, daß die Rechtlosigkeit der preussischen Arbeiter in politischer Beziehung mit einer Ursache für den Übermut der Regierung ist. (Verbäufte Zustimmung.) Wir erklären uns einverstanden mit der Haltung unserer preussischen Arbeitsbrüder gegenüber der Regierung. Wir erklären uns einig in der Beurteilung der Haltung der preussischen Regierung zum Wahlrecht. (Sehr wahr!) Wir erklären einmütig, daß wir alle außerhalb Preussens uns verpflichtet fühlen, diesem Kampfe der preussischen Arbeiterklasse unsere volle Aufmerksamkeit zuzuwenden und ihn nach besten Kräften zu unterstützen. (Allgemeiner Beifall.)

Jeden Besucher der Ausstellung wird klar geworden sein, daß sie verschleppes bietet, was eigentlich schon die Schule dem Menschen als gute Lehre mit auf den Weg gegeben haben sollte. Wir müssen leider erklären, daß diese Ausstellung eine Veranstaltung ist, die nur einem kleinen Teile des Volkes zugänglich ist. Die große Masse ist davon ausgeschlossen. Es ist eine Ausstellung lediglich nur zu dem Zweck, zu glänzen und zu zeigen, was in der Theorie ist. Eine Ausstellung aber, die gegenüber der Praxis vielfach versagt und die von der Masse des Volkes wohl kaum als Bildungsmittel angeprochen wird. (Sehr richtig!)

Wir sind einmütig beherrscht und befeht von dem Gedanken, den schwierigen Aufgaben unserer Zukunft gerüstet entgegenzugehen. Wir haben die große umfangreiche Tagesordnung in verhältnismäßig kurzer Zeit aufgearbeitet. Ich habe noch den Genossen zu danken, die aus dem Auslande zu uns gekommen sind, die einer Meinung mit uns sind in dem Kampfe gegen die bestehenden Zustände. Ich danke ihnen für die Teilnahme, die sie uns durch ihr Kommen bezeugt haben. (Beifall.)

Nach Beendigung unserer Arbeit auf dem Kongress kehren wir wieder heim an die Städte unserer Tätigkeit. Die Anregungen, die wir empfangen haben, werden wir benützen im Interesse der gesamten Arbeiterklasse. Wir werden dafür sorgen, daß die unbedingt notwendige Aufklärungsarbeit auch geleistet wird und daß, wenn wir bei späteren Kongressen vor schwierigeren Problemen stehen, die gesamte Mitgliedschaft der deutschen Gewerkschaften diesen Aufgaben gewachsen ist. Wir hoffen, daß, wenn wir wieder zusammenkommen, unsere Gewerkschaften gestärkt und in ihrer Sinnmütigkeit nicht erschüttert dastehen, um ihren großen Aufgaben gerecht zu werden. In diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir einzustimmen: Die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Organisationen, sie leben hoch!

Die Versammlung hat sich erhoben und stimmt dreimal begeistert in den Hochruf ein.

### Lohnbewegung der Former und Stiegeleiheitsarbeiter im pommerschen Industriegebiet.

Nachdem die Unternehmer die Verhandlungen abgebrochen hatten (siehe Nr. 24), ist in allen Betrieben, die nicht bewilligt hatten, die Arbeitseinstellung beschlossen worden. In welchem Umfang das geschah, zeigt die folgende Aufstellung vom 24. Juni:

Ort	Organisation	Zahl der Streikenden:					
		Dauer der Mitgliedschaft			in		
		unter 13 Wochen	13 bis 26 Wochen	über 26 Wochen	im ganzen	in Prozent	in der
Lorzelow	Deutsch. Metallarb.-Verb. Gewerkschaft	10	24	352	386	307	693
Uckermark	Deutsch. Metallarb.-Verb. Gewerkschaft	9	30	70	109	65	165
Wolgast	Deutsch. Metallarb.-Verb. Gewerkschaft	—	10	18	28	25	37
Pasewalk	Deutsch. Metallarb.-Verb. Gewerkschaft	2	9	39	50	38	109
Zusammen:		21	73	429	563	428	991
Lorzelow	Metallarb.-B. u. Gewerks.	10	55	490	555	432	987
Uckermark	"	9	40	88	137	90	207
Wolgast	"	—	2	129	131	?	?
Pasewalk	"	2	23	66	91	?	?
Zusammen		21	120	773	914	—	—

Die Zahl der Streikenden ist in Lorzelow und in Wolgast eine höhere als hier angegeben. In Lorzelow ist eine große Anzahl Unorganisierter mit in den Streik getreten. Diese sind neben einer Anzahl anderer, die sich bis jetzt nirgends gemeldet haben, in der vorliegenden Liste nicht verzeichnet. In Wolgast ist ein Teil der Streikenden im Fabrikarbeiterverband organisiert. In der Düseleingießerei von Nietz sind von circa 35 Beschäftigten 30 in dieser Organisation, auch im Panzerwerk ist eine Anzahl. Angaben haben wir nicht erhalten können. In Wolgast und Pasewalk fehlt auch vom Gewerkschaften die Trennung in Verheiratete und Unverheiratete sowie die Zahl der Kinder.

Die Arbeitsniederlegung ging glatt von statten. Die meisten Betriebe sind gänzlich stillgelegt. Ausnahmen machen nur 3 Betriebe. In einem (Wollgold & Sohn in Lorzelow) ist die Organisation nicht stark genug und die Kollegen sind überhaupt nicht in den Streik getreten, und in zwei Betrieben blieb eine geringe Anzahl Streikbrecher zurück. Die Firma Wendorf & Co. in Lorzelow hatte die Abmachungen zunächst nur mündlich getroffen. Den Kollegen schien besonders die Forderung der fündigungslosen Arbeitsverhältnisse ohne Unterschrift nicht gesichert. Sie hatten den Streik deshalb nachträglich ebenfalls beschlossen; es kam aber nicht zur Arbeitsniederlegung, weil die Firma in letzter Stunde die Unterschrift eines Vertrags auf zwei Jahre vollzog.

In Uckermark hat ebenfalls eine Firma einen Tarif auf zwei Jahre abgeschlossen.

So haben also fünf Unternehmer fast reiflos alles bewilligt, was die Arbeiter forderten. Das ist der beste Beweis, daß nichts gefordert wurde, was nicht bewilligt werden konnte. Das gibt den Streikenden großen Kampfesmut und die Sicherheit des Sieges.

Die Tarife werden wir veröffentlichen, sobald die Abschlüsse auch in den anderen Betrieben erfolgt sind.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 9. Juli der 28. Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. Juli 1911 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 6 des Verbandsstatuts gestattet.

Die Nichtzahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

### Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Augsburg: Der Dreher Ludw. Wajsel, geb. am 24. Okt. 1886 zu Mindelheim, Buch-Nr. 840969, wegen betrügl. Manipulationen mit Beitragsmarken.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gelsenkirchen: Der Former Max Dorek, geb. am 19. Sept. 1876 zu Neu-Roditz, Buch-Nr. 665765, wegen Unterschlagung.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Iserlohn: Der Schlosser Wilh. Bülbering, geb. am 22. Juli 1867 zu Wörde, Lit. A. Buch-Nr. 680884, wegen Unterschlagung.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Müglitz: Der Maschinenführer Frz. Rischke, geb. am 15. August 1858 zu Bobronitz, Lit. A. Buch-Nr. 620267, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schwenningen: Der Schlosser Heribert Seidelmaier, geb. am 30. April 1864 zu Guttenzell, Lit. A. Buch-Nr. 665280, wegen Unterschlagung.

### Wieder aufgenommen werden:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Göttingen: Der Schlosser Alf. Karner, geb. am 23. April 1884 zu Zebenhausen (3809).

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Karlsruhe: Der Schlosser Wilh. Sezauer, geb. am 7. Oktober 1880 zu Dinglingen (4006).

### Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

- Auf Antrag des Schweiz. Metallarbeiterverbandes Bern: Der Spengler Joh. Knapp, geb. am 14. Sept. 1883 zu Großhaslach, Schweiz, Buch-Nr. 68996, wegen unkolleg. Verhalten; der Maschinenführer Rich. Wagner, geb. am 3. April 1890 zu Buchau, Schweiz, Buch-Nr. 67561, wegen unkolleg. Verhalten.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bremen: Der Schlosser Josef Bracciano, geb. am 6. Sept. 1864 zu Oepeln, Buch-Nr. 494829, wegen betrügl. Manipulationen mit Beitragsmarken.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Diederhofen: Der Hüttenarbeiter Bernh. Pieter, geb. am 6. Oktober 1880 zu Niederwürzbach, Lit. A. Buch-Nr. 420336, wegen Unterschlagung.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Freiburg i. B.: Der Blechener Max Baer, geb. am 13. Juli 1873 zu Berlin, Lit. A. Buch-Nr. 59024, wegen Unterschlagung.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Mainz: Der Schlosser Ludw. Völter, geb. am 26. September 1891 zu Neustadt a. S., Lit. A. Buch-Nr. 154100, wegen betr. Manipulationen mit Beitragsmarken.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Nürnberg: Der Mechaniker F. Kramer, geb. am 1. Sept. 1872 zu Goblitz, Lit. A. Buch-Nr. 509656, wegen unkolleg. Verhalten.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Odenau: Der Klempner Max Rich. Schiller, geb. am 5. April 1876 zu Sausenberg, Lit. A. Buch-Nr. 772347, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Straubing: Der Eisendreher Gust. Haas, geb. am 14. Nov. 1888 zu Bamberg, Lit. A. Buch-Nr. 428649, wegen Unterschlagung.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Tübingen: Der Schlosser Carl Henz, geb. am 17. Jan. 1884 zu Holzgerlingen, Lit. A. Buch-Nr. 693246, wegen Unterschlagung.

**Gestohlen:**  
Buch-Nr. 325827, lautend auf den Metallarbeiter Ost. Kießling, geb. am 25. Sept. 1886 zu Süberodt (Meißen).

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16 a, zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rüststraße 16 a; auf dem Poststempel ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

### Zur Beachtung! Zugug ist fernzuhalten:

- von **Bestenarbeitern** nach Budapest (Firma Szitra) D.;
- von **Drehern, Soblern und sonstigen Maschinenarbeitern** nach Siegen (Peipers & Co.) St.;
- von **Feilenhauern** nach Zella-St. Blasii (Fa. Löhnert) Mi.;
- von **Formern, Stiegeleiheitsarbeitern und Kernmachern** nach Bochum (Fa. Wolf) D.; nach Winauburg bei Komotau i. Böhmen (Glemens Müller) St.; nach Bunzlau, D.; nach Düsseldorf (Fa. Schwarz) D.; (Zahnradfabrik Seiger) St.; nach Gmünd (Firma Hils & Schweizer) Mi.; nach Beer (A. Schreiber, Eisengießerei) St.; nach Linden a. Ruhr (Fa. Gust. Wolf) Mi.; nach Pasewalk, St.; nach Lorzelow, St.; nach Uckermark, St.; nach Ullm (Fa. Th. Hoff) D.; nach Wolgast, St.;
- von **Gold- und Silberarbeitern, Pressern und Silberschneidern** nach Pforzheim;
- von **Grabeuren (Stempelschneidern)** nach Hamburg (Schriftgießerei Genssch & Hesse) D.;
- von **Feinzeugmonteuren** nach Hamburg (Fa. Kohl & Breyer) St.; nach Iserlohn (Firma M. Pfänder) Mi.; nach Siegen (Firma Sinterkur) D.;
- von **Klempnern aller Art und Installateuren** nach Berlin, St.; nach Danem. A.; nach Erfurt (Fa. Hoffmann), St.; nach Göttingen, L.; nach Kaiserlautern, St.; nach Kiel, St.; nach Liegnitz, St.; nach Solingen und Ung., L.;
- von **Mechanikern** nach Bremen und Bremerhaven (Fa. Ludolf, nautische Instrumente) St.;
- von **Metallarbeitern aller Branchen** nach Aalen (Gebr. Simon, Drahtstiftfabrik); nach Arnstadt (F. Barth, Stanzmesserf.); nach Barmen (Fa. Schmalz & Schulz, Metallwarenfabrik, und Firma Kohler & Dovenkamp) St.; nach Guskirchen (Firma Stolle) D.; nach Frankfurt a. M. (Wulverwerth) D.; nach Gmünd (Fa. Hils & Schweizer) Mi.; nach Göttingen i. Württ. (Fa. Märklin & Co.) St.; nach Herne i. Westf. (Firma H. Buschons, Dampfkeßelabrik) D.; nach Hildesheim-Mehle (Fa. Sengenwein, Metallwerk) Mi.; nach Horn b. Arbon, Schweiz (Fa. Ruez) L.; nach Jütershausen (Hübing, Nabel- und Stahlwarenfabrik, Wolff, Knippenberg & Co., A.-G.) St.; nach Leisnig (Firma Fränkel & Co.) D.; nach Linz a. D. (Schiffswerft) St.; nach Lüdenscheid, D.; nach Mehle i. Hann. (Fa. Sengenwein, Metallwerk, Hildesheim) Mi.; nach Neufelwis (Bergbaugebiet) St.; nach Nordhausen, St.; nach Pirna (Fa. Schön & Co., Maschinenfabrik) D.; nach Reutlingen (Fa. Buchard & Weber) D.; nach Siegen; nach Solingen-Wald (Firma Schmachtenberg & Turt und Krups) St.; nach Stolp i. P. (Hofwagenfabrik Rischke) St.; nach Wermelskirchen bei Renscheid (Firma Weber) D.; nach Wetter a. R. (Fa. Wönnhoff) St.;
- von **Metallbrüchern** nach Erfurt (Gebr. Kammerer, Aluminiumwarenfabrik) R.; nach Lüdenscheid (Fa. Wasse & Fischer) St.; nach Schlettau bei Annaberg i. S., D.;
- von **Metallschlägern** nach Lechhausen, L.; nach Großschönau, Sondersdorf und Zittau, L.;
- von **Polierern** nach Lüdenscheid (Fa. Wasmann & Söhne) St.;

von **Schleifern** nach Iserlohn (Firma Turt & Bolte) D.; von **Schloßern (Wau- und Kunst-)** nach Hannover (Firma G. Verlaß); nach Königsberg, St.; nach Beer (A. Schreiber, Eisengießerei) St.; nach Pforzheim, St.; nach Regensburg, Mi.; von **Verzierungsschleifern** nach Arnstadt i. Th. (Stanzmesserfabrik F. Barth).

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; Mi.: Untersperzung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkordreduktion u. s. w. F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

## Korrespondenzen.

### Feilenhauer.

**Düsseldorf.** Der Arbeitsnachweis der Düsseldorf-Kollegen befindet sich von jetzt an auf dem Bureau Wallstraße 10, 1. Das Umschauen ist in den Betrieben verboten. Zutreffende Kollegen empfehlen wir dringend, dies zu beachten. Die letzte Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit den Arbeitsverhältnissen bei der Firma Wildschütz & Co. Obwohl deren Betrieb ohne Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nicht aufrecht erhalten werden kann, glaubt man unsere Mitglieder in geschäftiger Weise behandeln zu können. Aus allen Gegenden Deutschlands holt man durch Zeitungsinserte Schleiferhauer unter glänzenden Versprechungen heran. Obwohl man den Kollegen brieflich einen Verdienst in Akkord von 6 M und darüber in Aussicht stellt, ist es beim besten Willen nicht möglich, auf 5 M zu kommen. Dazu kommt, daß alle möglichen Abzüge für angelegte fehlerhaftes Arbeiten gemacht werden. Beim Abmessen, Abwiegen, Zählen der Feilen kommen eigentümlicherweise Irrtümer vor zum Nachteil der Arbeiter. Strafen und Einhalten von Schadenersatzansprüchen sorgen für weitere Kürzung der Löhne. Alle diese Schereien sorgen dafür, daß die von auswärts in Arbeit getretenen Kollegen nur eine kurze, aber an Enttäuschungen reiche Gastrolle geben. Allerdings bekommt auf diesem Wege die Firma Wildschütz durch unsere Kollegen ihre Arbeit fertiggestellt, die dabei immer die Leidtragenden bleiben. Aus diesen Gründen ersuchen wir alle Kollegen, diesen Betrieb zu meiden. Auch in sonstiger Beziehung sind Mißstände vorhanden. Als „ganz besonders billig“ ist die Firma in Rheinland-Westfalen bekannt. Mit Hilfe schlecht entlohnter jugendlicher Arbeiter an Faummaschinen ist ihr dies bisher gelungen. Hier muß die Organisation, deren Einfluß leider noch gering ist, noch viel bessern.

### Former.

**Ostfriesland.** Das Muster einer Fabrik ist die Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs-Wittengeseellschaft Abteilung Huld- schinstywerke, doch wollen wir es unterlassen, den gesamten Betrieb unter die Lupe zu nehmen und uns heute mit der Eisengießerei begnügen. Als dieser Betrieb vor sechs Jahren noch Gemüß und Breit gehörte, da war es immer noch zum Leben und vor allen Dingen zum Aushalten, anders aber als die genannte Wittengeseellschaft übernahm. An Wappsteinen und Antreibern hat es nie gefehlt, der Formermeister Smistol hat in allem sein möglichstes geleistet. Als Mitglied des Hirsch-Dundeschen Gewerkschafts und Agitator für diesen, schrieb er früher in jeder Versammlung herum, der Arbeiter müßte soviel verdienen, daß er am Tage dreimal Fleisch essen könne, jetzt aber, da er Meister ist, läßt er soviel verdienen, daß die Arbeiter nicht einmal am Tage Fleisch essen können. Die Behandlung der Arbeiter ist die gleiche, wie die der Knechte vom Dominium. Überstunden sind an der Tagesordnung, wofür aber nichts bezahlt wird. Wenn in anderen Betrieben die Leute um 6 Uhr nach Hause gehen, fangen dort die Former an zu gießen und dann bis in die späte Nacht hinein. Das das nicht zur Befreiung guter Arbeit beiträgt, leuchtet wohl jedem ein, nicht aber dem Meister. Dort wird der Aufschuß gleich wieder nachts zerfchlagen, umgeschmolzen oder beseitigt. Der Direktion können wir empfehlen, besser darauf zu achten, wie dort gearbeitet wird. Die Stiegeleiher, die vor vier Jahren gebaut wurde, und eine hübsche Summe Geld kostete, ist voll von Eisen und nichts als Aufschuß liegt dort vergraben, der das Tageslicht nicht wieder sehen soll. Wir behalten uns vor, noch manches zu berichten, denn die „rote Bande“ (der Deutsche Metallarbeiter-Verband), die der Meister gerne heraus haben will, wird jezt noch mehr acht geben als früher. Aber auch dem Herrn Gewerkschaftsinspektor möchten wir diesen Betrieb besonders empfehlen. Da ist zum Beispiel ein Polstran, an dessen Hauptrod seit einem Jahre drei Zähne fehlen, noch sehr gefährlich ist, trotzdem ein neues schon seit einem halben Jahre gegossen wurde. Angebracht ist es aber bis heute nicht. Darum, daß ein Hauptweg in der Stiegelei einen Meter breit sein soll, kümmert sich niemand, da müssen eben die Former mit glühendem Eisen über Kästen, Stöck und Steine klettern, um nur zu ihren Plätzen zu gelangen. Noch vieles müßten wir zu berichten, doch genug für heute. Wann werden Meister und Direktion darüber nachdenken, wie dieser Fehlschuß zu vermeiden ist, anstatt den Arbeitern durch Abzüge und Antreibern das Leben untraglich zu machen? Wenn die Firma diesen Wink nicht befolgen kann, werden wir es tun, indem wir unsere Reihen stärken. Darum, Former, Arbeiter des Huld- schinstywerkes, hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

### Klempner.

**Berlin.** Der Streik der Bauklempner ist infolge einer Vereinbarung beendet worden. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte am 4. Juli.

### Metallarbeiter.

**Bevensen (Hannover).** Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Bevensener Maschinenfabrik verdienen, auch einmal den Kollegen bekannt gemacht zu werden, um die Kollegen, die auf Arbeitsangebote der Firma hierherkommen, vor Schaden zu bewahren. Die hier gezahlten Löhne entsprechen nicht entfernt dem, was von der Firma den von auswärts antragenden Kollegen mitgeteilt wird. Dreher werden mit einem Stundenlohn von 32  $\frac{1}{2}$ , im höchsten Fall mit 35  $\frac{1}{2}$  abgeloht, Schmiede mit 34 bis 37  $\frac{1}{2}$ . Ausnahmeweise werden einem Schmied 43  $\frac{1}{2}$  gewährt, Schlosser 32 bis 36  $\frac{1}{2}$ , Hilfsarbeiter 28 bis 30  $\frac{1}{2}$ . Ebenso steht es mit den Löhnen der Holzarbeiter und der Maler. Durch Akkordarbeit soll den Kollegen Gelegenheit gegeben werden, mehr zu verdienen. Aber wie steht es damit? In vielen Fällen werden Akkordpreise geboten, bei denen die Arbeiter nicht nur keinen Überschuß verdienen können, sondern sogar noch unter dem Lohn bleiben. In letzteren Fällen wird nicht einmal der Lohn ausbezahlt, sondern die Arbeiter müssen sich dann mit weniger begnügen. Dabei wird noch versucht, die bestehenden Akkordpreise herabzudrücken, so daß auch die Akkorde, bei denen noch etwas verdient werden konnte, immer seltener werden. Dabei ist die Lebenshaltung in Bevensen durchaus nicht billig, sie steht der Lebenshaltung in Großstädten nicht nach. Es ist nicht zuviel behauptet, wenn gesagt wird, daß viele zum Leben notwendige Artikel teurer bezahlt werden müssen als in Großstädten. Zu all dem kommt, daß die Behandlung auch alles zu wünschen übrig läßt. Die Leiter des Betriebes können sich immer noch nicht daran gewöhnen, daß der Arbeitsvertrag auf gegenseitiger Verständigung beruhen muß. Die Folge dieser Zustände ist ein immerwährender Arbeiterwechsel, und da am Orte weiter keine Industrie ist, ist die Firma auf die Herausziehung auswärtiger Arbeiter angewiesen. Mit Vorliebe geht das Bestreben nun dahin, verheiratete Arbeiter zu gewinnen, weil diese in ihrer Bewegungsfreiheit mehr gehemmt und dadurch leichter an den Betrieb zu fesseln sind. Die Versprechungen, die den sich um Arbeit bemühenden Arbeitern gemacht werden, sind denn auch betarr, daß sich viele Arbeiter verletten lassen, nach Bevensen zu kommen,

um dann nachher gemahrt zu werden, daß sie gründlich heringefallen sind. Da andere Arbeitsgelegenheit hier nicht ist, sind sie entweder gezwungen, sich in diese Verhältnisse zu fügen oder mit Weib und Kind wieder von hinnen zu ziehen. Im Interesse der Kollegen liegt es deshalb, bevor sie auf die Arbeitsangebote der Beventener Maschinenfabrik eingehen, sich solche Sicherheiten geben zu lassen, die eine auskömmliche Existenz ermöglichen.

**Erfurt.** Die Arbeiter der Firma Löffel & Söhne haben die Arbeit niedergelegt, da die Firma die beschiedenen Forderungen der Arbeiter ablehnte. Die Arbeiter verlangten eine Lohnzulage von 5 % pro Stunde und eine der Lohnzulage entsprechende Erhöhung der Arbeitslöhne. Trotdem die Arbeiter bei den Verhandlungen zwischen der Firma, dem Arbeiterausschuß, den Vertretern unseres Verbandes und den Vertretern des Industriellenverbandes auf 3 % herabgingen, lehnte die Firma auch dieses ab und wollte nur eine allgemeine Zulage von 1 % zugestehen. Dieses Zugeständnis konnten die Arbeiter nicht annehmen. Die hiesigen Metallindustriellen haben in letzter Zeit unseren Verbandskollegen Schwierigkeiten bereitet, indem sie direkt erklärten, keine organisierten Arbeiter einzustellen. Nur wer sich bereit findet, einen Meßer zu unterschreiben, demzufolge er keinem Verbandsangehörigen wird eingestellt. Die Lampenfabrik Stübgen & Co. hat Drücker entlassen, angeblich wegen Mangel an Arbeit. Kaum hatten aber die entlassenen Arbeiter den Betrieb verlassen, so traten schon andere unorganisierte Arbeiter an deren Stelle. Die Akt.-Ges. John zu Hoversgehofen protegiert einen gelben Werkverein. Der Mitglied dieses Vereins werden will, kann in Arbeit treten, wer das nicht will, nun, für den ist eben keine Arbeitsstelle frei. Da zu erkennen ist, daß die Unternehmer gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter planmäßig vorgehen, werden alle Kollegen ersucht, vorläufig Erfurt zu meiden, auf jeden Fall jedoch erst bei der Verwaltung anzufragen, ehe sie hier Arbeit annehmen.

**Erfurt.** Der Streik der Schlosser, Dreher, Maschinenarbeiter und Schmiede ist zugunsten der Arbeiter beendet worden. Herr Schwabe sah sich genötigt, Verhandlungen anzuknüpfen, die dann nach mehrtägigen Sitzungen zu einer Verständigung führten. Für alle Arbeiter, ganz gleich welcher Branche, hat die Firma einen Stundenlohn von 40 % zugestanden. Es kann also nun nicht mehr vorkommen, daß jüngere Dreher und Schlosser mit 32 % bezahlt werden. An den feststehenden Akkorden darf nichts mehr abgezogen werden, es sei denn, daß technische Verbesserungen vorliegen. Gerade bei Schwabe war der Akkordabzug etwas Alltägliches. Akkordarbeiter, die 55 bis 60 % in Akkord verdienen, erhalten 3 %, und Arbeiter, die in Akkord bis 50 % verdienen, erhalten 2 % Stundenlohnzulage. Die schlechten Akkorde sollen gerecht aufgebessert werden. Außerdem sind noch einige Zugeständnisse gemacht worden betreffs der Wochepausen und der Arbeitszeit.

**Göttingen.** Seltener werden in unserm Organ die Kollegen Gelegenheit gefunden haben, sich auch über die Tätigkeit der hiesigen Organisation und die Zustände und Lohnverhältnisse der in der Göttinger Metallindustrie beschäftigten Arbeiter zu unterrichten. Vorwiegend zu diesem Zustand trug die bis in die letzte Zeit hinein vorhandene Interesslosigkeit der Berufs Kollegen bei. Doch scheint jetzt bei einem großen Teil unserer Berufs Kollegen die Zeit vorüber zu sein, wo sie achlos an den Zielen und Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung vorübergehen. Ein Beweis dafür ist, daß sich in einem Zeitraum von anderthalb Jahren die Mitgliederzahl unserer Verwaltungstelle verdreifacht hat und wir am 1. Juli 1911 sagen können: wir haben die Zahl 300 erreicht. Gerne nehmen wir davon Notiz, daß unser Vormarschschritt getragen wurde durch das tatsächliche harmonische Zusammenarbeiten aller, und wenn wir in diesem bisher betätigten Sinne weiterarbeiten, werden die Erfolge auch für die Zukunft nicht ausbleiben. An allen die Gesamtarbeiterchaft betreffenden Fragen nahmen die Kollegen lebhaften Anteil. Die Bauarbeiterausperrung, die angebrochene Aussperrung in der Metallindustrie im vorigen Jahre, sie trugen mit dazu bei, das Interesse an unserer Bewegung zu steigern, den nun hinzugekommenen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, im Zeitalter der Klassenkämpfe Solidarität zu üben. Fast könnte es scheinen, als wenn nicht auch in Göttingen selbst Ursache für die organisierten Metallarbeiter vorhanden sei, die Lage der Arbeiter in den einzelnen Industriezweigen der Metallindustrie näher zu beleuchten. Neben den in Göttingen ziemlich stark vertretenen fehmehantischen Berufsklassen kommen noch die Fabrikation von Federn (Müller & Co.), Aluminiumgeschichten, Nähnmaschinen (für Fabrikbetriebe) und eine Metallbearbeiterei (H. Boye) in Frage. Auch beschäftigten die Installationsfirmen Göttingens eine erhebliche Zahl von Klempnern, Installateuren und Monteuren. Einem großen Teile der Berufs Kollegen Deutschlands sind die in einzelnen Betrieben der Göttinger fehmehantischen Industrie bestehenden Zustände in Bezug auf Lohn und Arbeitsbedingungen hinreichend bekannt. Wertenswerter ist aber, daß die Klagen über die Firmen Sartorius und Spindler & Hoyer nicht verhallen, ja, daß selbst Kollegen, die der Organisation fernstehen, manchmal recht kräftige Worte der Kritik äußern. Hergewandert wurde man in den beiden erwähnten Betrieben, daß mit dem System der Leistungs-„Anstellung“ immer noch nicht gethan ist. Daß diese Art und Weise der Ausübung von Arbeitsträften nur den Zweck hat, billige Arbeitskräfte heranzuziehen, ist in Göttingen längst bekannt. Daß die Folgen dieses Systems nicht ausbleiben, sehen wir auch an den Lohnverhältnissen der Maschinen. Sind doch 15 bis 18 % keine Seltenheit; wundert man sich nur, wie die betreffenden Kollegen damit auskommen, da Göttingen ein ziemlich armes Pflaster ist. Der Firma Sartorius ist in Göttingen eine Konkurrenz entstanden in dem neuen Unternehmen, betitelt Göttinger Präzisionsmaschinenfabrik G. m. b. H. Beschäftigt sind dort jetzt 20 Berufs Kollegen. Wie sich dort die Verhältnisse entwickeln, wird die Zukunft lehren. Die Kollegen haben es in der Hand, etwaige Mißstände, die im Laufe der Zeit begünstigen, zu beseitigen. Die Lohnverhältnisse lassen auch hier zu wünschen übrig. Einen neuen Fabrikationszweig (Präzisionsmaschinen) führte die Firma Spindler & Hoyer ein. Die Zahl der bei der Firma beschäftigten Maschinen- und Optiker ist infolgedessen gestiegen. Vor einigen Tagen ließ die Firma eine Kleinratsversammlung treffen, indem sie zur Regelung des Verhältnisses zwischen Firma und Beschäftigten einen Arbeiterausschuß ins Leben rief. In den im Betriebe beschäftigten Personen wird es nun liegen, daß die Tätigkeit des Arbeiterausschusses zunächst auf die in mancher Hinsicht zu verbesserten Zustände wirkt. Von weitestgehender Bedeutung für die Entlastung der Göttinger fehmehantischen Industrie kann das Geschäftsverhältnis der Firma H. Winkel mit der Firma Karl Reiß in Jena begründet werden. Diese Verbindung ist ein Zeichen dafür, daß ähnlich wie in der elektrotechnischen Großindustrie auch in der Erzeugung von mechanischen Präzisionsinstrumenten Monopolverhältnisse sich ausbilden. Unmittelbar ist, daß die Firma Karl Reiß in Jena auch in Kassel eine Reorganisation eröffnet hat. Beweist für die Arbeiter der Firma Winkel G. m. b. H. diese Fassung in Bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen wird, läßt sich im voraus nicht sagen. Die, die Gelegenheit hatten, die kräftigen Demonstrationen des Karl Reiß-Betriebes in der Metallarbeiter-Zeitung zu lesen, werden die Überzeugung gewonnen haben, daß neben Anerkennung der guten Seite des Arbeitsverhältnisses bei der Firma Karl Reiß die in Jena beschäftigten Arbeiter Ursache hatten, das zu tun, was nach ihrer Ansicht notwendig erschien. Wenn nun auch bei der Firma H. Winkel G. m. b. H. die Praxis der modernen Fabrikation nie im Zweifel Platz greift, so sind doch die Befürchtungen nicht von der Hand zu weisen, daß sie von einer bevorstehenden Wirtung auch auf die Struktur des Betriebes sein werden, die in wesentlicher Beziehung ihren Auslassung finden. Für unsere Organisation erweist sich auf diesem Gebiet Arbeit, die darin besteht, Mittel und Wege zu finden, den Kontakt zwischen den Arbeitern der einzelnen Betriebe anzuknüpfen zu erhalten und ihn weiter auszubauen. Derzeit sind auch die Arbeiter aus dem Baugebiet dieser beiden Firmen die Gefahr, genau so für ihre Interessen zu sorgen, indem sie sich organisieren und als ein Ganzes ihre Wirtschaftsverhältnisse wahrnehmen. Hervorgehoben muß werden, daß die Arbeitszeit bei der Firma H. Winkel und Lambrecht eine 8stündige ist. Bei der Firma Kahlstrat (Elektr. Geschäft), die ihren Betrieb ebenfalls erweitert hat, sind auch Verbesserungen im Gange, die 8stündige Arbeitszeit einschließen. Die Zustände in diesen Unternehmen sind schon

einmal an dieser Stelle vor längerer Zeit kritisiert worden. Besserung wird dort auch erst dann eintreten, wenn die Arbeiter erkannt haben werden, daß nur mit Hilfe einer starken Organisation die Interessen der Arbeiterschaft gehahrt werden können. Eigenartige und zum Teil noch recht rückständige Zustände finden sich in den Betrieben der Firmen Müller & Co. und H. Boye. Die Firma Müller & Co. ist bekannt durch ihre schlechten Löhne. Schlosser, ernt und Klempnern im Alter von 18 bis 20 Jahren wird ein Lohn von 18 bis 20 % pro Stunde geboten. Hoffen wir, daß sich diese Dinge auch dort bald ändern. Bei der Firma H. Boye sind die Zustände in hygienischer Hinsicht beachtenswert. Die Klosetts werden 3 bis 10 Wochen nicht gereinigt. Ventilation und Arbeitsräume lassen zu wünschen übrig. Diese Zustände passen sehr gut zu den Verhältnissen. Einige im Betrieb beschäftigte Arbeiter verdienen gut, die große Mehrzahl geht die Woche mit 12 bis 17 % nach Hause; deshalb ist es an der Zeit, daß sich die Arbeiter in diesem Betrieb dazu aufrufen, den unhaltbaren Zuständen ein Ende zu bereiten. Sinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband! muß die Parole sein, denn nur gekämpft auf eine kräftige Organisation ist es möglich, bessere Zustände zu erringen. Einen Schritt vorwärts, in der Erkenntnis, daß eine Verbesserung der zerrütteten Verhältnisse im Klempner- und Installationsgewerbe notwendig ist, unternahmen unsere Kollegen am Orte. In einer dazu einberufenen Versammlung referierte Kollege Striesler aus Hannover über die Tarifbewegung in Deutschland. Es wurde beschlossen, eine Statistik über die jetzigen Verhältnisse aufzunehmen, um dann auf Grund des gesammelten Materials Stellung zu der Frage: „Wie verbessern wir unsere Lage?“ zu nehmen. An den Kollegen wird es liegen, mit aller Kraft darauf hinzuwirken, daß das einmal Begonnenes im Interesse der Beteiligten zu Ende geführt wird. Zum Schluß rufen wir nochmals den Kollegen zu: Agitiert für eure Organisation! Dann werden uns die Aufgaben der Organisation um so leichter fallen und die Früchte dieser Arbeit werden nicht ausbleiben.

**Härnberg.** Die hiesigen Metallspielwarenarbeiter sind am 30. Juni in eine Lohnbewegung getreten. Ihre Forderungen sind: 55stündige Arbeitszeit, Mindestlohn für männliche Arbeiter von 33 bis 60 %, für Arbeiterinnen 20 bis 28 %, und Regelung des Akkordwesens. In Betracht kommen rund 2860 Personen, von denen 2580 im Deutschen Metallarbeiter-Verband und 200 in anderen freien Organisationen sind. Bericht folgt.

**Solingen.** Wegen beständiger Lohnreduzierung und Entlassung der Vertrauensleute sind die Arbeiter der beiden Firmen Schmalenberger & Lark und Krupp in Wald in Streit getreten. Die beiden Firmen haben unseren Vertrauensleuten mit der ausgesprochenen Absicht gekündigt, die Organisation aus den Betrieben fernhalten zu wollen. Es werden in beiden Betrieben Tafel- und Küchenwagen hergestellt.

**Velbert.** Einen Fahrenritt ins bergische Land hatten am 24. Juni einige rheinisch-westfälische Größen der Girisch-Dunderfischen unternommen. Nicht galt es, dem Unversand der Indifferenten zu Leibe zu rücken, auch sollten diesmal keine Fahrenstreichere für die bankrotte Firma Freisinger Volkspartei geliefert werden, nein, heute galt der anstrengende Ritt einer höheren Sache, heute sollte der Erbfeind, der „große Deutsche“ mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. An der Spitze von mindestens einem halben Duzend mit vollgepackten Agitationsmappen versehenen Agitationsbeamten machte sich der große Lango aus Essen auf den Weg. Velbert! hieß die Parole, und: „Die gemeine Kampfweise des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Velbert“ war der Schlußruf, womit die Velbter Arbeiterschaft aufgeweckt werden sollte. Der Kriegspan unserer Freunde war gut vorbereitet. Die Girisch-Dunderfischen Mitglieder waren durch ein Schreiben aus dem Schloße der Gerechten geweckt, die Beamten des „großen Deutschen“ öffentlich wie durch die Post eingeladen worden. Sogar die Plätze der Hauptangreifer in Saale waren gut verteilt und es erschien unmöglich, daß die Attacke nicht gelingen werde. Eine auf dem Vorstandstisch liegende Lebertranche ohne Inhalt sollte dazu dienen, um die Mitgliedsbücher der vom Metallarbeiter-Verband übertrittenen in Empfang zu nehmen. Punkt 3/4 Uhr erglitzte Lango das Wort, um, wie er selber angab, in leidenschaftlicher Weise das Verhalten des Metallarbeiter-Verbandes in Velbert zu zeigen. Einer Drehsorgel, die auf Steffin, Mannheim, Hamburg, Pforzheim, Bremen u. s. w. gestimmt war, glücken seine Ausführungen. Daß nebenbei das Hamburger Frühstück, wovon die hochdampfbereiten Girische zu ihrem Beisein nichts mitbekommen haben, herhalten mußte, ist selbstredend. Am meisten Erfolg glaubte der wahrheitsliebende Girischentreiber sich von den Verhandlungen unserer Generalversammlung versprechen zu können. Feine, Wittmann und noch mehr wußten als Beweis dienen, daß das Verschleiben eines deutschen Metallarbeiters im „großen Deutschen“ eine Unmöglichkeit sei. In knapp einer Stunde war der erste Akt zu Ende. Nach dem festgelegten Kriegspan sollte jetzt der Beamte des „großen Deutschen“ an die Reihe kommen, und dann natürlich sollten die im Saale verteilten Oberstücke das große Schlachten besorgen. Die Herren haben aber einsehen müssen, daß das Vermitteln von Rührtranchen und Wägen leichter ist als einen schlanen Kriegspan durchzuführen. Nachdem unser Geschäftsführer, Kollege Stupp, in scharfer Weise die Ausführungen des Referenten auf ihren wahren Wert zurückgeführt, das Verhalten der Oberstücke wie die Schreibweise des Regulator als das gekennzeichnet, was sie sind, und die „Taktik“ eines Erlenz ins rechte Licht gerückt hatte, brachte er folgende Resolution zur Kenntnis: Die heute am 24. Juni 1911 bei Ballnau tagende, vom Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter einberufene öffentliche Versammlung ist der Überzeugung, daß die Art, wie der Gewerbeverein in förmlicher Weise durch Terrorismustugenden den Deutschen Metallarbeiter-Verband in der Öffentlichkeit herunterzusetzen versucht, nur den Zweck hat, der Regierung wie den herrschenden Parteien Material zu neuen Anhebungsgelegenheiten für die Arbeiter zu liefern. Die Versammelten lehnen es entschieden ab, eine solche Organisation als berechtigt anzuerkennen und geloben, für die Ausbreitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes als einzig in Frage kommende Organisation der Metallarbeiter tätig zu sein.“ Der Einfachheit halber führte Kollege Stupp sofort eine Abstimmung herbei und die Resolution wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Noch ein dreifaches Hoch auf unsere Organisation und für unsere Sache war die Sache erledigt. Daß selbst solche Girische zu erschrecken sind, hat der Verlauf der Versammlung gezeigt. Vollständig koplos führten die aus weiter Ferne herbeigekommenen und im Saale verteilten Größen zusammen, um mit verzerrten Kräften zusammen, wie solche im täglichen Leben nur bei den „unhöflichen Elementen“ anzutreffen sind, was auf den Firmweg zurückzuführen. Wie die betrieblen Lohngreifer, denen schon so oft die Stelle fortgeschwommen sind, hat dieser Mannstanz dann noch lange beizubringen gesucht und auf neue Abenteuer gefaßt. O dieses Velbert! heute einer dieser Helben und sagte sich an den Kopf, indem er das viele Ged, was die Attacke gekostet hatte, nachrechnete. Um 12 Uhr verließen die Herren mit Hilfe unserer Sachfrau das schöne Velbert. Leb wohl, auf Wiedersehen!

**Solingen.** Die Lohnbewegung in der Sächsischen Waggonfabrik in Zerbau ist mit Erfolg beendet. Bericht in nächster Nummer.

Wahlen zum Abgeordnetenhaus herbeigeführt und die Gesamtzahl der Abgeordneten neu bestimmt wird.“

Eine wirkliche sachliche Beratung dieses Antrags versuchten nur einige Vertreter der genannten Partei und die kleine sozialdemokratische Fraktion, die natürlich pflichtgemäß auf dem Posten war. Dagegen verließen Herr v. Dallwitz, der Minister des Innern, und seine Kommissare sofort den Saal, als die Beratung begann, ein Beweis dafür, wie die preussische Regierung einen allgemeinen Wunsch des preussischen Volkes geringachtet. Daß das Dreiklassenparlament sich — vorläufig noch — ebenfalls stark genug fühlt, auf die Wünsche des Volkes pfeifen zu dürfen, bewies denn ja auch die Ablehnung des Antrags. Als die Abstimmung erfolgte, ahnte die reaktionäre Mehrheit des Landtags aber wohl noch nicht, daß schon der nächste Tag wieder einmal einen Beweis von der Arbeitsunfähigkeit dieses auf der Vorherrschaft des Besitzes beruhenden Parlaments bringen sollte. Es handelte sich um die rheinische Landgemeindeordnung. Well in dieser nun einige ganz geringfügige Verbesserungen sind, trieb das Zentrum Obstruktion, indem es namentliche Abstimmung beantragte, jedoch nur mit so wenigen Abgeordneten vertreten war, daß der Landtag nach der Geschäftsordnung beschlußunfähig wurde. Nun berief der Präsident v. Kröcher unter Mißachtung klarer Bestimmungen der Geschäftsordnung eine zweite Sitzung ein, die fünf Minuten nach Schluß der ersten Sitzung beginnen sollte. Aber auch diese sowie eine dritte Sitzung wurden durch unerläßliche Geschäftsordnungsdebatten, auf deren Einzelheiten wir hier nicht eingehen können, ausgefüllt. In die Debatte plägte die Mitteilung des Präsidenten, daß nachmittags 5 Uhr eine gemeinsame Sitzung mit dem Herrenhaus stattfinden solle, mit anderen Worten, daß der Schluß der Landtagssession bevorstehe.

Die verächtliche Art, wie dieses Reichparlament auf solche Weise von der Regierung behandelt wird, ist ja charakteristisch, sie ist aber der reaktionären Mehrheit durchaus angemessen. Für das preussische Volk ist die Sache aber noch nicht erledigt. Es wird den Machthabern aus neue zeigen, wie es über die Notwendigkeit einer gründlichen Umgestaltung des reaktionären Landtags denkt. Es wird aufs neue sein Recht fordern, die Lenkung seiner Geschichte selber in die Hand zu nehmen. Wenn diese Zeiten in den Händen ihrer Leser sind, wird man in Berlin bereits mit der Demonstrationen begonnen haben. Am 4. Juli wird man dort große Protestversammlungen abhalten. Aber auch in den übrigen Teilen Preußens wird man nicht zurückbleiben.

Kollegen! wir fordern euch auf, euch an diesen Demonstrationen fleißig zu beteiligen. Zeigt durch eure Teilnahme, daß die Leiter dieser Kundgebungen in der Ausübung ihrer Tätigkeit lebendig die Volkstreue des Volkswillens sind!

**Gewerkschaftliches.**

**Schmiede.** Vor einigen Wochen ist das neueste Jahrbuch des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen erschienen. Es ist 189 Seiten stark. Auf den ersten 107 Seiten erstattet der Vorstand Bericht über seine Tätigkeit, während die weiteren 82 Seiten durch die Berichte der Gauvorstände ausgefüllt werden. Folgende Angaben daraus werden auch unsere Kollegen interessieren:

Die Zahl der Zahlstellen stieg im vergangenen Jahre auf 198; davon waren 18 neu gegründet. In 5 Orten gingen die Zahlstellen ein. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des vorletzten Jahres 15099. Als Endzahl des Mitgliederstandes wird in der Übersicht über Einnahmen und Ausgaben der Zahlstellen 15580 angegeben. Dies ergab also einen Zuwachs von 481. Das Jahrbuch gibt jedoch einen solchen von 528 an. Um soviel hat sich nämlich die Mitgliederzahl erhöht, wenn man je 48 geleistete Wochenbeiträge = 1 Mitglied rechnet. 1910 betrug diese Zahl 15329 und im Jahre vorher 14806. Danach hat sich offenbar die Beitragsleistung verbessert. Von den Mitgliedern gehörten zur ersten Beitragsklasse (65 %) 14230, zur zweiten (45 %) 1066 und zur dritten (jugendliche und weibliche mit 25 %) 38. Aufgenommen wurden 5517 Mitglieder (1909: 4998). Nach den weiteren Angaben des Jahrbuches müssen 4994 Mitglieder im Laufe des Berichtsjahres ausgeschieden sein. Es wurden aber nur gemeldet als wegen rückständiger Beiträge gestrichen 1997, als freiwillig ausgestreuten 591, ausgeschlossen 49, zu anderen Verbänden übergetreten 256, zum Militär eingezogen 445 und als gestorben 60. Das ergibt nur 3398 ausgeschiedene. Dieser Unterschied kann jedoch nicht der Hauptverwaltung zur Last gelegt werden, denn verschiedene Ortsvereinigungen haben die notwendigen Angaben zum Teil nur mangelhaft, zum Teil gar nicht gemacht. Als vom Militär Entlassene kamen hinzu 280, aus anderen Verbänden traten über 206.

Die Zahl der Lohnbewegungen, der Beteiligten und der Streiktage hat sich gegen 1909 bedeutend vergrößert. Es fanden statt 110 Lohnbewegungen in 94 Orten und 1226 Betrieben mit 49219 Beschäftigten. Ohne Arbeitszeiterstellung wurden erledigt 40 Bewegungen in 16 Orten und 130 Betrieben mit 8857 Beschäftigten. Durch Streiks oder Aussperrungen wurden erledigt 32 Bewegungen in 36 Orten und 641 Betrieben mit 7421 Beschäftigten. Abwehrbewegungen fanden statt in 86 Fällen, 42 Orten und 465 Betrieben mit 26941 Beschäftigten. Beteiligt waren an den Bewegungen im ganzen 4717 Personen mit 118919 Streiktagen und einem Verdienstverlust von 561655 M. Die erreichte Arbeitszeiterkürzung oder abgewehrte Arbeitszeiterkürzung betrug für 2050 Beteiligte 2788 Stunden wöchentlich und die erreichte Lohnherhöhung oder abgewehrte Lohnherhöhung für 3094 Personen 5391 M die Woche. 48 Bewegungen (= 44,5 Prozent) hatten vollen Erfolg, 39 (= 36,1 Prozent) teilweise und 21 (= 19,4 Prozent) keinen. Selbstverständlich sind außerdem noch weitere Erfolge erzielt worden, wie: bessere Bezahlung der Überzeitarbeit, Abschaffung des Kopf- und Logiswessens, familiäre Verbesserungen, bessere Behandlung usw. Die Zahl der vom Schmiedeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge betrug 15 für 193 Betriebe mit 918 Beschäftigten, wovon 505 Mitglieder des Schmiedeverbandes waren. Von den 15 Verträgen waren 7 ganz neu abgeschlossen und 8 erneuerte. Die Gesamtzahl der in Kraft befindlichen Tarifverträge betrug 33 für 573 Betriebe mit 1290 Beschäftigten.

Die Kasse des Schmiedeverbandes hatte am 1. Januar 1910 einen Bestand von 108348,06 M, davon in den Kassen der Zahlstellen 14499,80 M. Einnahmen wurden an Eintrittsgeldern à 60 % 2738 M, Eintrittsgeldern à 30 % 12,30 M, Beiträgen à 60 % 22162 M, Beiträgen à 45 % 203826,85 M, Beiträgen à 40 % 10989,60 M, Beiträgen à 50 % 10663,90 M, Beiträgen à 25 % 393,25 M, Ertrabehträge à 50 % 54367,50 M, von der Generalkommission aus der Sammlung für die Bauarbeiter 80000 M, Darlehen 84000 M, Zinsen 1657,98 M, sonstige Einnahmen der Hauptkasse 2184,28 M, sonstige Einnahmen der Zahlstellen 429,55 M, überwiesene Lokalkassengelder 22492,55 M. Die Gesamteinnahme betrug 748767,82 M, die Gesamtausgabe 664173,11 M, davon unter anderem für die Schmiede-Zeitung 24490,10 M, Verwaltungslosten der Hauptkasse 19819,73 M, Verwaltungskosten und sonstige Ausgaben in den Zahlstellen 96416,65 M, Agitation 32937 M, an die Generalkommission 2268,16 M, an die Bezirkskommission 113,45 M, an den Internationalen Metallarbeiter-Verband 450 M, Teilnahme an Kongressen, Konferenzen und Sitzungen 4618,90 M, Kosten der Generalversammlung 9192,99 M, Reiseunterstützung 8093,81 M, Arbeitslostenunterstützung 57170,48 M, Krankenunterstützung 93241,63 M, Streikunterstützung 243746,13 M, Gemäßregelunterstützung 19149,04 M, Umzugsunterstützung 5247,63 M, Sterbegeld 4040 M, Rechnung 1960,13 M, sonstige Unterhaltung 264 M, Darlehen 23400 M. Die Abrechnung schließt mit einem Bestand in der Hauptkasse von 65483,92 M, und in den Zahlstellen von 19100,79 M.

Von den Lokalkassen liegen zwei Abrechnungen vor. Bis zum 1. Juli 1910 durften Gelder der Hauptkasse nicht für die Lokalkasse verwendet werden und die gesamten örtlichen Ausgaben wurden,

**Rundschau.**

**Früheres Ende des preussischen Landtags.**

Am 27. Juni fand im preussischen Dreiklassenparlament folgender, schon bei Beginn der Session am 10. Januar eingebrachte Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei auf der Tagesordnung: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die Staatsregierung zu ersuchen, noch in dieser Session einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch welchen 1. unter Abänderung der Artikel 70, 71, 72 und 116 der preussischen Verfassungsurkunde für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus des allgemeinen, gleichen und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe zur Einführung gelangt; 2. zugleich auf Grund der Ergebnisse der Volksabstimmung vom 1. Dezember 1906 und entsprechend den Grundfragen des Gesetzes vom 27. Juni 1900 eine anderweitige Gewählung der Wahlbezirke für die



